

Gerhard A. Ritter

## Berufsparlamentarier und Experten in deutschen Parlamenten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Moritz Mohl, Paul Singer, Hermann Molkenbuhr

Die Veränderungen im Charakter der parlamentarischen Eliten mit der Ausdehnung der Funktionen des Staates, der Ökonomisierung der Politik und der Herausbildung fester Parteiorganisationen sowie dem Übergang zu Massenpolitik und zur Massenpresse ist eine Entwicklung, die Deutschland mit den parlamentarischen Vertretungen anderer Länder teilt.<sup>1</sup> Damit verbunden war der allmähliche Übergang von den Honoratiorenpolitikern, die aufgrund ihres sozialen Status, ihres Vermögens oder gesicherten Einkommens nebenamtlich in einem meist nur wenige Monate im Jahr tagenden Parlament tätig waren, zu den Berufspolitikern, die für oder auch von der Politik lebten. Diese Veränderungen sind in großen Zügen in den von der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien vorgelegten, oft mit zeitgenössischen Portraits von Abgeordneten angereicherten Kollektivbiografien zu verfolgen.<sup>2</sup>

- 
- 1 Vgl. *James J. Sheehan*, Politische Führung im Deutschen Reichstag, 1871–1918, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Deutsche Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 81–99.
- 2 Vgl. *Horst Conrad/Bernd Haunfelder* (Bearb.), *Preußische Parlamentarier. Ein Photoalbum 1859–1867*, Düsseldorf 1986; *Bernd Haunfelder/Klaus Erich Pollmann* (Bearb.), *Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867–1870. Historische Photographien und biographisches Handbuch*, Düsseldorf 1989; *Hans-Peter Becht* (Bearb.), *Badische Parlamentarier 1867–1874. Historische Photographien und biographisches Handbuch*, Düsseldorf 1995; *Bernd Haunfelder*, *Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien*, Düsseldorf 1999; *Wilhelm Heinz Schröder* (Bearb.), *Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch*, Düsseldorf 1986; *Bernhard Mann u. a.* (Bearb.), *Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918*, Düsseldorf 1988; *Bernd Haunfelder*, *Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1849–1867*, Düsseldorf 1994; *Wilhelm Heinz Schröder*, *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch*, Düsseldorf 1995; *Heinrich Best/Wilhelm Weege*, *Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49*, Düsseldorf 1996; *Helga Schmöger* (Bearb.), *Der Bayerische Senat. Biographisch-statistisches Handbuch 1947–1997*, Düsseldorf 1998; *Martin Schumacher* (Hrsg.), *M. d. R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich*, 3. Aufl. Düsseldorf 1994; *Martin Schumacher* (Hrsg.), *M. d. L. Das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Ein biographischer Index*, Düsseldorf 1995; *Martin Schumacher* (Hrsg.), *M. d. B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 2000; *Elvira Döscher/Wolfgang Schröder* (Bearb.), *Sächsische Parlamentarier 1869–1918. Die Abgeordneten der II. Kammer des Königreichs Sachsen. Ein biographisches Handbuch*, Düsseldorf 2001; *Joachim Lilla u. a.* (Bearb.), *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924*, Düsseldorf 2004.

Ein spezifischer Aspekt des Entstehens dieser neuen parlamentarischen Elite, das Aufkommen der Experten für bestimmte Politikbereiche, soll hier an drei Beispielen von Berufsparlamentariern, über die in den letzten zehn Jahren von der Parlamentarismuskommission eigene Monografien vorgelegt wurden, aufgezeigt werden. Es handelt sich um den am ehesten dem linksliberalen Spektrum zuzuordnenden, allerdings nicht fest in einer Partei oder Fraktion verankerten württembergischen Parlamentarier und Privatgelehrten Moritz Mohl, den langjährigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratie Paul Singer, einen Kaufmann und späteren Privatier, und den führenden sozialpolitischen Experten der Sozialdemokratie, den Redakteur und Parlamentarier Herrmann Molkenbuhr.<sup>3</sup> Moritz Mohl und Paul Singer waren Honoratioren, die seit 1848 bzw. 1887 nach der Aufgabe ihres ursprünglichen Berufes ausschließlich für die Politik lebten und dafür nicht nur ihre Zeit, sondern auch einen erheblichen Teil ihres Vermögens opferten. Molkenbuhr dagegen lebte nach der Übernahme eines Reichstagsmandats 1890 seit 1891 als Redakteur des sozialdemokratischen *Hamburger Echo* und von Oktober 1904 bis zu seinem Tod im Dezember 1927 als besoldeter Parteisekretär auch von der Politik. Alle drei waren im Unterschied etwa zu August Bebel, Ludwig Windthorst, Rudolf von Bennigsen, Gustav Stresemann, Eugen Richter und Wilhelm Liebknecht keine großen Redner und keine charismatischen Parteiführer, aber sie haben als Politiker der zweiten Reihe die Arbeit der Parlamente ihrer Zeit wesentlich geprägt.

#### I. POLITIK AUF WISSENSCHAFTLICHER GRUNDLAGE: MORITZ MOHL (1802–1888)

Der aus einer hoch angesehenen, wohlhabenden württembergischen Gelehrten- und Beamtenfamilie stammende Moritz Mohl, ein jüngerer Bruder des berühmten Staatswissenschaftlers und künftigen Reichsjustizministers 1848/49 Robert von Mohl, war in vieler Beziehung ein »Original« und ein »Mann von Format«.<sup>4</sup> Äußerst fleißig, von ungewöhnlicher Sachkenntnis in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, aber auch eigenwillig und spröde, doktrinär und rechthaberisch war der Junggeselle ein Einzelgänger, der sich keiner Partei zuordnen ließ. Letztlich war er ein Vertreter eines vormärzlichen Politikverständnisses, der unter Ablehnung jeder Interessen- und Parteipolitik das Ideal einer am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft von gleichberechtigten Staatsbürgern anstrebte.

Nach dem Studium der Staatswissenschaften legte Mohl 1828 ein bahnbrechendes größeres Werk über die württembergische Gewerbeindustrie vor<sup>5</sup>, das ihn als vorzüglichen Kenner wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse seines Heimatlandes auswies und einen Einblick in seine zeitlebens beibehaltenen wirtschaftspolitischen Grundanschauungen erlaubt. Mohl war einer der frühen Propheten der Industrialisierung, der für die freie Entfaltung der Gewerbe ohne zünftlerische Schranken eintrat und von der Fabrikarbeit

3 Jörg Westermayer, Politik als Beruf. Der Parlamentarier Moritz Mohl 1802–1888 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 111), Droste Verlag, Düsseldorf 1998, 353 S., geb., Ln, 39,90 €; Ursula Reuter, Paul Singer (1844–1911). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 138), Droste Verlag, Düsseldorf 2004, 674 S., geb., Ln, 64,00 €; Bernd Braun, Hermann Molkenbuhr (1851–1927). Eine politische Biographie (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 118), Droste Verlag, Düsseldorf 1999, 418 S., geb., Ln, 50,10 €.

4 Hans Rosenberg, Honoratiorenpolitiker und großdeutsche Sammlungsbestrebungen im Reichsgründungsjahrzehnt, in: *ders.*, Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1978, S. 198–254, S. 326–337, Zitate: S. 331, S. 216.

5 Moritz Mohl, Über die württembergische Gewerbeindustrie, 1. Abt., Stuttgart/Tübingen 1828.

langfristig eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und die schließliche Überwindung der sozialen Probleme der Frühindustrialisierung erwartete. Er wies aber auch einem starken Staat die Aufgabe zu, die Entwicklung der Gewerbe zu fördern und einen Missbrauch von Marktmacht zu verhindern. Mohl war ein Anhänger des Ausbaus des Eisenbahnwesens und der Sicherung der Existenzbedingungen des einheimischen Gewerbes durch Schutzzölle.

Schon vor der Veröffentlichung des Werkes war er in den württembergischen Staatsdienst eingetreten und hatte als einer der Vertreter des Königsreiches an den Zollvereinsverhandlungen in Berlin 1832 teilgenommen. Er hatte sich aber mit seiner scharf anti-preußischen Position, die auf Drängen der preußischen Regierung schließlich zu seiner Ablösung führte, nicht durchsetzen können.<sup>6</sup> Von 1836 bis 1841 ließ er sich vom Staatsdienst beurlauben und unternahm – von Reisestipendien seines Vaters unterstützt – langjährige Forschungsreisen, die ihn mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in England und besonders in Frankreich vertraut machten<sup>7</sup> und seinen späteren Ruf als Kenner der Wirtschaft des westlichen Auslandes begründeten.

Auch durch Zurücksetzungen im Staatsdienst bedingt, schied er bei der Wahl in die deutsche Nationalversammlung im Mai 1848 von dem als »Galeerenarbeit«<sup>8</sup> angesehenen Staatsdienst ohne Pension aus. Wegen des Verlustes seiner Beamtenbezüge in Höhe von 2000 fl. musste er sich erheblich einschränken. Er konnte aber mit Zinseinkünften aus eigenen Ersparnissen und dem Erbe seiner Eltern in Höhe von zunächst 1200 fl., ergänzt durch seine Einnahmen aus Diäten als württembergischer Landtagsabgeordneter in Höhe von jährlich durchschnittlich 300 fl. und gelegentlichen Honoraren für Publikationen seinen relativ bescheidenen Lebensunterhalt bestreiten. Allerdings hatte er auch erhebliche Ausgaben, etwa in Wahlkämpfen oder für die massenhafte Versendung von ihm geschriebener politischer Broschüren, sowie schließlich von 1871 bis 1873 für die Kosten der Wahrnehmung seines Reichstagsmandates in Berlin, das mit keinen Diäten verbunden war.<sup>9</sup>

In der Revolution von 1848/49 war Mohl Mitglied des Vorparlaments, wo er die Abschaffung des Adels forderte, und nach einem engagierten Wahlkampf Abgeordneter der Frankfurter Paulskirche und schließlich auch des Stuttgarter Rumpfparlamentes wurde. Politisch am ehesten der gemäßigten Linken zuzuordnen, ohne sich bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Parlamentariern dauerhaft an eine der jetzt entstehenden Fraktionen zu binden, sah er seine Hauptarbeit im volkswirtschaftlichen Ausschuss der Frankfurter Nationalversammlung und dessen Unterausschüssen. Trotz seiner immensen Arbeitskraft und seiner breiten wirtschaftlichen Kenntnisse blieb jedoch sein Einfluss begrenzt, da der Ausschuss – durch die internen Gegensätze zwischen Unternehmern und Wissenschaftlern und dem Fehlen einer ihm zuarbeitenden Ministerialbürokratie gehemmt – der Doppelbelastung der Beschaffung der nötigen Informationen und der politischen Urteilsbildung und Gesetzgebung letztlich nicht gewachsen war. Er verlor die politische Initiative in der entscheidenden Frage der Zolleinigung an den Handelsminister und die einzelstaatlichen Regierungen.<sup>10</sup> Mohl selbst konnte trotz seiner unbestrittenen Fachkompetenz wegen seiner überlangen Reden und seiner Kompromissunfähig-

6 Westermayer, Mohl, S. 39–41.

7 Moritz Mohl, Zu den gewerbswissenschaftlichen Ergebnissen meiner Reisen in Frankreich, Stuttgart etc. 1845.

8 So in seinem Brief an seinen Bruder Robert Mohl vom 31.3.1848, zitiert in: Westermayer, Mohl, S. 67.

9 Ebd., S. 67–70.

10 Zur Arbeit Mohls im Volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung vgl. Westermayer, Mohl, S. 87–97. Zu dem Ausschuss vgl. weiter: Werner Conze/Wolfgang Zorn (Hrsg.), Die Protokolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49 mit ausgewählten Petitionen, Boppard 1992.

keit keine Führungsposition im Ausschuss oder gar in der Nationalversammlung erringen. Sein wirtschaftspolitisches Programm, insbesondere die Förderung der Gewerbefreiheit tritt jedoch klar hervor. Weiterhin erweist sich Mohl, der wegen seiner scharf antipreußischen Haltung häufig als extremer württembergischer Föderalist angesehen wird, in vielen Fragen als Vertreter einer radikal-unitarischen Position. Deutlich wird das in seinem Eintreten für eine starke Reichsgewalt mit ausgedehnten Kompetenzen im Zoll-, Post-, Münz-, Gewerbe- und Rechtswesen, seiner Forderung nach der Führung des Eisenbahnwesens mit einem einheitlichen Tarifsysteem durch das Reich sowie seinem Vorschlag, dass alle deutschen Länder mit weniger als 500 000 Einwohnern reichsunmittelbar und damit mediatisiert werden sollten.<sup>11</sup> Weiterhin trat er als scharfer Gegner des Adels und als Antisemit hervor.

Nach dem Scheitern der Revolution lag das Schwergewicht der politischen Tätigkeit von Mohl im württembergischen Landtag<sup>12</sup>, dem er von 1849 bis zu seinem Tod 1888 angehörte. Seine Mitgliedschaft im Zollparlament 1868 bis 1870 und sein Mandat im ersten, 1871 gewählten Reichstag des Deutschen Reiches, das er bei der Wahl vom Januar 1874 an den Kandidaten der Zentrumsparlei verlor und auch bei den Reichstagswahlen von 1877 und 1878 nicht zurückerobern konnte, blieben dagegen bloße Episoden in seinem politischen Leben.

Als Abgeordneter des württembergischen Landtages machte er sich in der Reaktionszeit der 1850er-Jahre als resoluter demokratischer Opponent der reaktionären Regierung von Linden, als Anwalt der Unterschichten, als Vertreter eines Ausbaus der Eisenbahnen und des Gewerbes und der Einführung der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit einen Namen. Dabei konnte er bei aller Konfrontation mit der Regierung, die trotz der vorangegangenen Wahlmanipulationen immer wieder um eine Mehrheit für ihre Vorhaben im Parlament ringen musste, insbesondere durch die von ihm beigebrachten Daten die Streckenföhrung der Eisenbahnen beeinflussen, was auch seinem heimischen Wahlkreis Aalen zugute kam.<sup>13</sup>

Im Reichsgründungs Jahrzehnt in den 1860er-Jahren ist Moritz Mohl auf der nationalen Ebene besonders als Vertreter einer großdeutschen Lösung der deutschen Einheit unter Führung Österreichs und als scharfer Kritiker Preußens aufgetreten. Er nahm an der Frankfurter Versammlung vom 28. Oktober 1862 teil, die zur Gründung des Deutschen Reformvereins als Gegenorganisation zu dem 1859 gegründeten, von Preußen dominierten Deutschen Nationalverein föhrte. Allerdings stellte er sich gegen die Organisatoren der Konferenz, die nur eine von den Landtagen gewählte Delegiertenversammlung mit Kompetenzen zur Begutachtung von Gesetzentwürfen der Bundesexekutive, die der Zustimmung der Einzelstaaten bedürftigen, vorsahen, während er für ein gewähltes Parlament als echte nationale Repräsentation eintrat.<sup>14</sup> Mohl war ein scharfer Gegner des Handels-

11 Vgl. seinen Brief an seinen Bruder Julius Mohl vom 15.7.1848, zitiert in: *Westermayer*, Mohl, S. 91 f.; vgl. weiter seine Stellungnahme im volkswirtschaftlichen Ausschuss in der 24. und 25. Sitzung vom 20. und 21.7.1848, in: *Moldenhauer*, Protokolle, S. 87 ff.; für seinen Antrag vom 20.10.1848 auf Mediatisierung der Länder mit weniger als 500.000 Einwohnern vgl. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen konstituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Herausgegeben auf Beschluss der Nationalversammlung durch die Redaktions-Kommission und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard, 9 Bde., Frankfurt 1848/49, Bd. 4, S. 2748, mit der Begründung, Bd. 4, S. 3825.

12 Zur württembergischen Politik der Zeit vgl. vor allem *Hartwig Brandt*, Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987; *Dieter Lange-wiesche*, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.

13 *Westermayer*, Mohl, S. 162–165.

14 Vgl. *Willy Real*, Der Deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Lübeck/Hamburg 1966, S. 38–43.

vertrages zwischen Preußen und Frankreich von 1862, der Frankreich die Meistbegünstigungsklausel einräumte, und der aufgrund des Vertrages notwendigen Revision der Tarife des Zollvereins. In einem von ihm verfassten, 673 Seiten umfassenden Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission der württembergischen Kammer der Abgeordneten<sup>15</sup> kritisierte er, dass der Vertrag das Prinzip der Gegenseitigkeit zu Ungunsten des Zollvereins grob verletze, den Zollschutz für deutsche Gewerbeprodukte beeinträchtige und Österreich endgültig aus dem Zollverein ausstoße. Damit schade der Vertrag nicht nur der deutschen Industrie und dem deutschen Gewerbe, sondern er laufe auch den nationalen Interessen zuwider. Er hat sich jedoch weder mit dieser Kritik noch mit seiner Warnung vor der »Eroberung Deutschlands von Preußen aus«, die er als eine Überfremdung des eigentlichen Deutschland in Süden und Westen durch das von einer dünnen Schicht von Rittergutsbesitzern beherrschte preußische Kernland östlich der Elbe ansah<sup>16</sup>, durchsetzen können.

Die Hauptbedeutung von Moritz Mohl liegt jedoch in seiner Tätigkeit im württembergischen Landtag, in der seit Mitte der 1860er-Jahre – sicher auch im Zusammenhang mit seiner großdeutschen, scharf antipreußischen Haltung – die konservativen Elemente in seinem politischen und wirtschaftspolitischen Ansichten deutlicher hervortraten. Diese zeigen sich besonders in seiner scharfen Ablehnung von Gewerkschaften und Genossenschaften, dem Eintreten für einen starken staatlichen Einfluss auf die Gemeinden, die Ablehnung einer direkten, nicht durch Abgeordnete gefilterten politischen Mitsprache der Bürger und einer Abschaffung des württembergischen Zwei-Kammer-Systems sowie der scharfen Verurteilung von Republikanismus und Sozialismus. Mit seinem Eintreten für einen starken, in die Gesellschaft intervenierenden Staat steht Mohl wohl eher in einer gewissen Kontinuität zum neoabsolutistischen Anstaltstaat Württembergs als in der modernen Tradition des Interventionsstaates, für den ja auch die Rolle von Interessengruppen wie überhaupt die der Selbstorganisation der Gesellschaft, die Mohl scharf ablehnte, kennzeichnend ist.

Besonders bemerkenswert und in ihrer Art einmalig ist aber auch Mohls Wahrnehmung der Aufgaben eines Parlamentariers. Als ungemein fleißiger offizieller Berichterstatter, oft aber auch nur als selbsternannter Mitberichterstatter, hat er versucht, in den parlamentarischen Kommissionen des Landtags Einfluss auszuüben. Seine oft viele hundert Seiten umfassenden Gutachten, etwa über den Hausierhandel, die Weiderechtsverhältnisse, den bereits erwähnten preußisch-französischen Handelsvertrag, die württembergische Gewerbeordnung von 1861 und eine Steuerreform<sup>17</sup> beruhen auf umfangreichem Material, das sich Mohl durch Fragebögen bzw. Untersuchungen vor Ort, die Auswertung von Statistiken, eine ausgedehnte Korrespondenz, die vergleichende Einbeziehung der Situation in ausländischen Staaten aufgrund von Veröffentlichungen und eigenen Reisen, aber auch

15 [Moritz Mohl], Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission der württembergischen Kammer der Abgeordneten über den preußisch-französischen Handelsvertrag und über die im Zusammenhang damit abgeschlossenen weiteren Verträge, Stuttgart 1863.

16 Vgl. *ders.*, Die Zukunft Süddeutschlands. Zwei Reden in der württembergischen Adreßdebatte, Stuttgart 1866; *ders.*, Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor äußersten Gefahren. Denkschrift für die süddeutschen Volksvertreter, Stuttgart 1867.

17 Moritz Mohl, Eine Privat-Enquête über Gewerbefreiheit und Hausierhandel, Stuttgart 1882; *ders.*, Kommissions-Bericht an die württembergische Kammer der Abgeordneten über die von einem Abgeordneten gegen indirekte Steuern und für eine Vermögens- und Einkommenssteuer gestellten Antrag erstattet. Mit einem Vorworte und Nachtrage, Stuttgart 1877; Sondergutachten zum Entwurf einer Gewerbeordnung von 1861, gedruckt im Anschluss an den Kommissionsbericht, in: Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten 1856/61, Beilagenband 1, 4. Abt., Beilage 327, S. 2201–2291; Württembergische Kammer der Abgeordneten 1856/61, Beilagenband 1, 3. Abt., Beilage 322: »Zum Bericht der Commission für das Landeskulturgesetz über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausübung und Ablösung der Weidrechte auf landwirtschaftlichen Grundstücken«, S. 1983–2133.

durch die in erstaunlichem Umfang gewährte Einsicht in staatliche Akten besorgte. Er versuchte damit, die Gesetzgebung auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen und ein Gegengewicht gegen das Informationsmonopol der Verwaltung zu schaffen. Mohl spielt daher in der Entstehung sozialwissenschaftlicher Methoden<sup>18</sup>, wie sie später von der historischen Schule der Nationalökonomie perfektioniert wurden, und vor allem in der Vorgeschichte der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse durch seine Massen-Enquêtes eine wesentliche Rolle. Allerdings blieb die Auswertung des gesammelten Materials oft relativ oberflächlich und wurde – wie auch die Quellenauswahl – stark von den politischen Absichten Mohls mitbestimmt.

Sein Einfluss auf die Gesetzgebung Württembergs ist schwer zu präzisieren. In einigen Fällen wie der Gewerbeordnung von 1861 konnte er mit teilweiser Unterstützung der liberalen Fraktion wesentliche Änderungen des von der Regierung vorgelegten Entwurfs bewirken.<sup>19</sup> In anderen Fällen kamen seine voluminösen Berichte zu spät, um noch das Gesetzgebungsverfahren zu beeinflussen, oder waren auch einfach zu umfangreich und detailliert, um von den Abgeordneten und den Regierungsvertretern wirklich rezipiert zu werden. In jedem Fall hat er aber die Regierung und Verwaltung gezwungen, sich intensiv vorzubereiten und ihre Vorschläge eingehend zu begründen. Insofern hat er zumindest indirekt eine Kontrolle der Regierung ausgeübt und zur größeren Transparenz des Verwaltungshandelns beigetragen.

Mohl hat seine Möglichkeiten zur Kontrolle der Regierung und detaillierten Beeinflussung der Gesetzgebung zweifellos überschätzt. Ohne institutionelle Hilfen war er als Einzelner dem durch die staatliche Bürokratie gestützten Sachverstand der Regierung nicht gewachsen, zumal er als ›Einmannbetrieb‹ nicht einmal in einer Fraktion oder Partei Rückhalt hatte. Sein vormärzliches Ideal eines unabhängigen Abgeordneten als Gegenspieler von Regierung und Verwaltung, das auch in seiner ganz auf einem lokalen Netzwerk von Honorationen beruhenden Stellung im Wahlkreis ihre Parallele hatte, war schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht zu verwirklichen. Mit der Ausdehnung der Funktionen des Staates und der zunehmenden Komplexität der Politik wurde es vollends überholt. Die Parlamentarier der nächsten Generation, die der Regierung Paroli zu bieten versuchten, waren dagegen typische ›Parteisoldaten‹ oder besser ›Parteioffiziere‹, die sich auf die Organisation ihrer Parteien und ihrer Fraktionen stützen konnten.

Moritz Mohl ist jedoch als einer der ersten Berufsparlamentarier und als einer der ersten Abgeordneten, der die Gesetzgebung und Verwaltung auf die Ergebnisse der Wissenschaft aufbauen wollte, ein hochinteressanter Sonderfall in der Geschichte des frühen deutschen Parlamentarismus.

## II. DER VERGESSENE PARTEIFÜHRER: PAUL SINGER (1844–1911)

Man kann fragen, wieso der ›Generalist‹ und Parteiführer Paul Singer hier zu den Experten gerechnet wird. Er war kommunalpolitischer Fachmann, vor allem aber der wahrscheinlich beste Kenner der Geschäftsordnung und der parlamentarischen Praxis im Reichstag des Kaiserreiches nach 1890 und so ein Experte für den zeitgenössischen deutschen Parlamentarismus.

Im Unterschied zu den meisten sozialdemokratischen Politikern des Kaiserreiches um die Jahrhundertwende und auch zu Hermann Molkenbuhr war Singer nicht sozialdemokratisch sozialisiert worden. Er war ein Quereinsteiger und als bürgerlicher Unternehmer

18 Vgl. dazu *Wolfram Siemann*, Zwischen Ordnungs- und Sozialpolitik: Die Anfänge parlamentarischer und administrativer Enquêtes in Deutschland, in: *Erk Volkmar Heyen* (Hrsg.), *Formation und Transformation des Verwaltungswissens in Frankreich und Deutschland (18./19. Jh.)*, Baden-Baden 1989, S. 293–311.

19 Vgl. die Analyse in: *Westermayer*, Mohl, S. 179–198.

untypisch für die Sozialdemokraten seiner Zeit. 1844 in Berlin als Sohn eines jüdischen Kleinbankiers und Gold- und Silberhändlers geboren, wuchs er nach dem frühen Tod des Vaters 1848 in ärmlichen Verhältnissen auf. Seine Mutter musste ihn und seine zwei Brüder und fünf Schwestern mit einer Wäsche- und Strumpfwarenhandlung mühsam durchbringen. Allen Geschwistern ist jedoch wie ihm der Aufstieg in das mittlere und gehobene Wirtschaftsbürgertum gelungen.<sup>20</sup> Paul Singer besuchte für einige Jahre eine Realschule und absolvierte eine kaufmännische Lehre. 1869 gründete er mit seinem Bruder Heinrich die Damenmäntelfabrik Gebrüder Singer in Berlin, die ein großer geschäftlicher Erfolg wurde und in den 1880er-Jahren mit den für die Konfektionsindustrie der Zeit typischen Zwischenmeistern und Heimarbeitern 800 bis 1.000 vor allem weibliche Arbeiterinnen beschäftigte<sup>21</sup> und damit als Großbetrieb angesehen werden kann.

Die spätere Lebensweise Singers war die eines wohlhabenden Berliner Großbürgers, der selbstverständlich mehrfach im Jahr auf Kuren und Erholungsreisen ging und rege das Theater besuchte. Zeitlebens ledig wie auch sein Bruder Heinrich, unterhielt er mit diesem in einer der guten Wohngelegenen Berlins einen Haushalt, der von ihrer Schwester Mathilde mit Dienstboten geführt wurde. Sehr umgänglich und gewinnend in seinem Wesen war er in der Berliner Kaufmannschaft hoch angesehen und hatte einen breiten Freundeskreis, der sich keineswegs auf Sozialdemokraten, Juden und Geschäftspartner beschränkte. Obwohl er kein Organ für theoretische Probleme hatte, wurde er ein überzeugter Marxist, der für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kämpfte. Seine Auffassung von bürgerlicher Respektabilität und sein lebenslanges Engagement für seine Heimatstadt Berlin entsprachen aber auch älteren bürgerlichen Wertvorstellungen. In die Politik brachte ihn vor allem das Gefühl einer Verpflichtung, für das Gemeinwohl zu wirken, und spezifisch sein Eintreten für die Armen und Hilfsbedürftigen.

Der entscheidende Einfluss auf seinem Weg zur Politik ging von Johann Jacoby aus, einem aus Königsberg stammenden jüdischen Arzt und profilierten Vertreter demokratischer Politik in der Revolution 1848/49 und im preußischen Verfassungskonflikt 1862–1866. In der zweiten Hälfte der 1860er-Jahre bemühte Jacoby sich um den Aufbau einer eigenständigen demokratischen Partei. Unter seinem Einfluss engagierte sich Singer 1867 bis 1870 für die Demokraten und vor allem für den von ihm mitbegründeten Demokratischen Arbeiterverein am linken Flügel der bürgerlichen Demokratie.<sup>22</sup> Dieser akzeptierte das Programm der Internationalen Arbeiter-Association und schloss sich dem 1869 in Konkurrenz zu dem 1863 von Ferdinand Lassalle geschaffenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) in Eisenach unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) an.

Singer selbst hat sich seit 1869 als Sozialdemokrat definiert, ohne allerdings Mitglied der Partei zu werden. Er unterhielt wie Jacoby, der erst 1872 der SDAP betrat, weiter Kontakte zu den Berliner Demokraten. 1870 zog er sich nach einer schweren Erkrankung mit Ausnahme einer kurzen Episode 1872 aus der politischen Arbeit für mehrere Jahre zurück und widmete sich ganz dem Aufbau seines Unternehmens. Er engagierte sich aber seit 1875 in der Leitung des Berliner Asyl-Vereins für Obdachlose und gehörte 1877 zu den Mitbegründern des Johann-Jacoby-Fonds zur Unterstützung politisch Verfolgter.<sup>23</sup>

20 Vgl. Reuter, Singer, S. 26–29. Neben der ausgezeichneten politischen Biografie von Ursula Reuter gibt es eine ältere Ostberliner Dissertation von *Heinrich Gemkow*, die sich allerdings auf die Zeit bis 1890 beschränkt: Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862–1890), Diss., Humboldt-Universität Berlin 1959.

21 Reuter, Singer, S. 55.

22 Ebd., S. 32–44.

23 *Laurenz Demps*, Paul Singer, soziale Utopie, Judentum und Arbeiterbewegung, in: *Ludger Heid/Arnold Paucker* (Hrsg.), Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 103–114, hier: S. 106.

Der erneute Eintritt in die Politik wurde durch die Verabschiedung des Sozialistengesetzes von 1878, das die Sozialdemokratische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften verbot, bedingt. Er unterstützte die aus Berlin ausgewiesenen Sozialisten. 1879 war Singer entscheidend an der Gründung des zunächst in Zürich, später in London erscheinenden neuen Zentralorgans der Partei *Der Sozialdemokrat*, der in das Reich eingeschmuggelt werden musste, beteiligt. 1883 finanzierte er die Schaffung des *Berliner Volksblattes*<sup>24</sup>. Dieses war ein Vorläufer des ebenfalls von Singer mitfinanzierten *Vorwärts*<sup>25</sup>, der nach dem Ende des Sozialistengesetzes zum Zentralorgan der Partei wurde. Seit spätestens 1882, als er erstmals für die Berliner Stadtverordnetenversammlung kandidierte, trat er auch öffentlich für die Sozialdemokratie auf. 1883 wurde er nach einem intensiv geführten Wahlkampf in die Berliner Stadtverordnetenversammlung und 1884 für einen Berliner Wahlkreis in den Reichstag gewählt. Beiden parlamentarischen Gremien gehörte er ohne Unterbrechung bis zu seinem Tod am 31. Januar 1911 an.

Im Reichstag engagierte sich Singer zunächst besonders in der Bekämpfung des Sozialistengesetzes. Anfang 1886 war es zur Enttarnung des in Berliner Arbeitervereinen auftretenden Polizeibeamten Ferdinand Ihring gekommen, der unter dem Decknamen »Mahlow« provozierende Reden hielt, selbstgefertigte Dynamitbomben herumzeigte und versuchte, unter den Vereinsmitgliedern weitere Polizeispitzel anzuwerben. Das Ziel war, die Sozialdemokratie mit den Anarchisten in Verbindung zu bringen und damit einen Vorwand für eine schärfere Verfolgung gegen sie zu gewinnen. Singer deckte diese die preußische Regierung und insbesondere den scharfmacherischen preußischen Innenminister Robert von Puttkamer schwer belastende Affäre im Reichstag am 18. Februar 1886 auf.<sup>26</sup> Disziplinarische Maßnahmen und eine Strafverfolgung des Spitzels, den Singer wegen Majestätsbeleidigung angezeigt hatte, erfolgten jedoch nicht. Dagegen wurden die von der Sozialdemokratie benannten beiden Zeugen wegen »Verleumdung« angezeigt und am 28. Juni 1886 zu je sechs Monaten Haft verurteilt. Einen Tag danach wurde Singer aus Berlin ausgewiesen.<sup>27</sup> Einen sehr viel erfolgreicherer Coup landeten Singer und Bebel Anfang 1888 bei der Beratung der Verlängerung des Sozialistengesetzes, die mit der vorgesehenen Expatriierung von Sozialdemokraten eine erhebliche Verschärfung vorsah. Die Annahme des Regierungsentwurfs hätte wahrscheinlich auch die bisher noch bestehende Wirksamkeit von Sozialdemokraten im Reichstag und bei Wahlen beendet. Mithilfe eines nie aufgedeckten, von der Partei bezahlten Informanten aus dem Berliner Polizeipräsidium erhielt Singer eine Liste von zwölf Agenten, die in Deutschland, der Schweiz, England und Frankreich für das Berliner Polizeipräsidium tätig waren, darunter die Anarchisten Karl Schröder in Zürich und Christian Haupt in Genf. Die Liste der Spitzel wurde am 24. Dezember 1887 im *Sozialdemokrat* veröffentlicht.<sup>28</sup> Haupt und Schröder, bei dem eine Kiste Dynamit gefunden worden war, wurden verhaftet und eine eingehende Untersuchung gegen sie eingeleitet. Singer und Bebel gelang es, in Zürich Einblick in die Untersuchungsakten zu gewinnen und den zuständigen Untersuchungsrichter zu veranlassen, die Richtigkeit einer von ihnen aufgesetzten Erklärung über die Tätigkeit der Spitzel zu bestätigen. Damit waren die Enthüllungen, die zunächst Singer und danach Bebel im

24 Reuter, Singer, S. 80–82, S. 103–105.

25 Äußerung Bebels auf dem Parteitag 1892, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis zum 21. November 1892, Berlin 1892, S. 92.

26 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 6. Legislaturperiode, 2. Session [im weiteren St. B. R., LP., S.], S. 1120–1122.

27 Reuter, Singer, S. 140–143.

28 Der Sozialdemokrat, Nr. 52 v. 24.12. 1887.



Reichstag vornahmen<sup>29</sup>, nicht mehr zu bestreiten und führten der Regierung eine schwere Niederlage zu. Sie haben die Expatriierungsgegner, die es bei den Nationalliberalen gab, gestärkt und dazu beigetragen, dass die Expatriierung, aber auch jede andere Verschärfung des Gesetzes, wie etwa eine Internierung führender Sozialdemokraten, abgelehnt wurde. Da eine weitere, im Oktober 1889 vorgelegte Vorlage der Regierung, die neben einer Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen auch eine unbefristete Verlängerung des Sozialistengesetzes vorsah, im Reichstag 1890 keine Mehrheit erhielt, lief das Sozialistengesetz, das den Aufstieg der Sozialdemokratie zu der nach der Wählerzahl stärksten Massenpartei Deutschlands bei den Wahlen vom 20. Februar nicht hatte verhindern können, zum 30. September 1890 aus.

Singer war inzwischen in die Führungsgruppe der Sozialdemokratie aufgestiegen. Dabei spielte offenbar neben seiner Großzügigkeit als einer der Financiers von Parteiunternehmen und seinem Geschick als Parlamentarier auch seine enge Verbindung zu Bebel, mit der er nach einer erneuten Ausweisung aus Offenbach 1887 vor allem in den letzten Jahren bis zu seinem Umzug nach Berlin nach dem Ende des Sozialistengesetzes in Dresden sogar in einer Wohngemeinschaft lebte<sup>30</sup>, eine wesentliche Rolle. Entscheidend war aber wohl, dass er nach einer Affäre in seiner Firma<sup>31</sup> sich aus dem Unternehmen zurückzog. Die Aufgabe seiner unternehmerischen Tätigkeit erfolgte auch wegen der an diese Affäre anknüpfenden antisemitischen Hetze gegen ihn als einen sozialdemokratischen Unternehmer, der selbst seinen Arbeiterinnen Hungerlöhne zahle, gegen den Rat von Bebel.<sup>32</sup> Singer blieb der wohl bedeutendste Mäzen der Sozialdemokratie, der in Not geratene Mitglieder der Partei finanziell unterstützte und aus seinen Einnahmen und seinem bis zum Tod schrumpfenden Vermögen, das er außer einigen Legaten der Partei vermachte<sup>33</sup>, viele Unternehmen der Partei unterstützte. Auch wegen seiner kaufmännischen Kenntnisse und seiner Erfahrungen als Unternehmer war er auch nach 1890 an der Gründung weiterer Parteizeitungen und anderer Parteiunternehmungen beteiligt. Da die Partei als solche keinen Besitz haben durfte, wurde er zudem als Eigentümer oder Miteigentümer von Parteiunternehmungen geführt.<sup>34</sup>

29 St. B. R. 7. LP., 2.S., 27.1.1888, S. 527–539. Vgl. weiter Bebels Brief an den damaligen preußischen Innenminister Johann von Dallwitz v. 18.2.1911, Vorwärts, Nr. 43 v. 19.2.1911, wiederabgedruckt in: *Anneliese Beske/Eckhard Müller* (Bearb.), August Bebel, Reden und ausgewählte Schriften, Bd. 9: Briefe 1899 bis 1913. Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 7 bis 9, München 1997, S. 211 f.

30 Vgl. den Nachruf Bebels, Erinnerungen an Paul Singer, in: Vorwärts v. 7.2.1911, wiederabgedruckt in: *Anneliese Beske/Eckhard Müller* (Bearb.), Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 8/2: 1906 bis 1913, München 1997, S. 491–497, hier: S. 493 f.

31 Ein 1877 als Kompagnon in die Firma Gebrüder Singer aufgenommener dritter Teilhaber, Julius Rosenthal, soll angeblich bei der Besprechung von Lohnfragen gesagt haben: »Lassen Sie doch die Mädels auf den Strich gehen und arbeiten Sie Mäntel billiger.« Vgl. zu der Affäre und ihren Konsequenzen *Reuter*, Singer, S. 154–163.

32 Vgl. Bebels Brief an Engels v. 30.12.1887, abgedruckt in: *Werner Blumenberg* (Hrsg.), August Bebel Briefwechsel mit Friedrich Engels, London etc. 1965, S. 317.

33 Vgl. dazu *Reuter*, Singer, S. 586–588. Zu den Schwierigkeiten, die damit auf Bebel zukamen, der neben dem sozialdemokratischen Rechtsanwalt Hugo Heimann zum Erben für die Partei eingesetzt wurde, vgl. auch Bebels Brief an Friedrich Adler v. 22.3.1911, in: *Friedrich Adler* (Hrsg.), Viktor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer, Wien 1954, S. 527.

34 So wurde die SPD z. B. durch den Beitritt von August Bebel und Paul Singer als Kompagnons 1897 Miteigentümerin und Teilhaberin des Dietz-Verlages, der von der Partei schließlich 1906 mit dem Namen J.H.W. Dietz Nachfolger vollständig übernommen wurde. Vgl. *Dieter Fricke*, Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 2 Bde., Berlin 1987, Bd. 1, S. 668.

Singer wurde 1886 in den Fraktionsvorstand seiner Partei im Reichstag, der bis zum Ende des Sozialistengesetzes mit dem Parteivorstand identisch war<sup>35</sup>, gewählt. 1887 wurde er Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Berlin. 1890 wurde er auf dem Parteitag in Halle zum Vorsitzenden der in »Sozialdemokratische Partei Deutschlands« (SPD) umbenannten Partei gewählt. 1892 wurde Bebel, der zuvor Kassierer der Partei gewesen war, sein Mitvorsitzender. 1890 erfolgte auch Singers Wahl zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, die er formell bis 1909, als Bebel zum zweiten Vorsitzenden gewählt wurde, allein leitete.<sup>36</sup>

Singer war vor allem für die ständige Geschäftsführung der Fraktion, die Kontakte zu anderen Fraktionen und zum Reichstagspräsidium sowie für die Taktik der Fraktion verantwortlich. So hat er auch die Obstruktionspolitik der Fraktion bei der Beratung des sogenannten Lex Heinze 1900, in der mit der Verschärfung der Strafen wegen Kuppelei auch Einschränkungen der Freiheit der Kunst verbunden waren, und die Obstruktion gegen den Zolltarif von 1902, mit dem es gelang, die Frage des »Brotwuchers« zur zentralen Frage der für die SPD so erfolgreichen Reichstagswahl vom Juni 1903 zu machen, organisiert.<sup>37</sup> Bebel dagegen war für die politisch-strategische Führung der Partei und Fraktion und deren Disziplin und Geschlossenheit verantwortlich.

Die Arbeit der Fraktion wird von Singer in einem Brief an den österreichischen Sozialistenführer Victor Adler beschrieben: »Wir leben in der Fraktion »wild«. Keine Statuten, keine Geschäftsweisung; bei den Verhandlungen gelten allgemeine Regeln. Ungeschrieben [...] insoweit Fraktionszwang als Reden und Abstimmungen gegen den Mehrheitsbeschluss nicht erlaubt ist. Redner und Kommissionsmitglieder werden von der Fraktion, die einmal in der Woche – wenn nötig öfter – tagt, bestimmt. In Sitzungen werden die Vorlagen besprochen, Initiativanträge und Interpellationen festgestellt, die Haltung zu den einzelnen Vorlagen etc. festgelegt u. alles Nötige geregelt. Fraktionsvorstand von 5 Personen bildet die »Vorsehung«, also mit Schriftlichem kann ich nicht dienen.«<sup>38</sup> Bebel und Singer ergänzten sich in geradezu idealer Weise. Singer hat nie die Führung Bebels angezweifelt und, obwohl er in einigen Punkten Bebels Ansichten nicht teilte, ist nie als dessen Konkurrent aufgetreten.

Bebels Frau Julie bezeichnete ihn in einem Brief an Engels vom 19. April 1892 als »treu wie Gold«.<sup>39</sup> Nach Singers Tod schrieb Bebel an seinen Freund Adler, dass Singer »einer unserer Besten« war und dass es schwer sei, für ihn den passenden Ersatz zu finden.<sup>40</sup> Nach Karl Kautsky war er der Einzige, der Bebel »noch einigermaßen imponierte«.<sup>41</sup> Lenin bezeichnete Singer zurecht als einen »Praktiker, der den größten Teil seiner Zeit auf die alltägliche, technisch-parlamentarische Kleinarbeit, auf allerhand »sachliche« Arbeit verwendete« und »dadurch groß [war], daß er sich aus den Kleinigkeiten keinen Götzen schuf.«<sup>42</sup> Singer, der an den revolutionären Endzielen der Sozialdemokratie fest-

35 Vgl. Gerhard A. Ritter, *Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900*, 2. Aufl., Berlin-Dahlem 1963, S. 45.

36 Vgl. Erich Matthias/Eberhard Pikart (Bearb.), *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918*, 2 Teile, Düsseldorf 1966, Teil 1, S. CVII.

37 Fraktionssitzung vom 28.2.1900, in: ebd., S. 34; Ernest Hamburger, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968, S. 423. Bei der »Lex Heinze« erreichten die Sozialdemokratie und die Liberalen eine Entschärfung des Gesetzentwurfs.

38 Singer an Adler, 23.5.1907, in: Adler, Briefwechsel, S. 475 f.

39 Julie Bebel an Engels, 19.4.1892, in: Bebels Briefwechsel mit Engels, S. 536.

40 Bebel an V. Adler, 5.2.1911, in: Adler, Briefwechsel, S. 523.

41 Karl Kautsky an V. Adler, 21.5.1913, S. 566.

42 Wladimir I. Lenin, Paul Singer, in: ders., *Werke*, Bd. 17: Dezember 1910–April 1912, Berlin 1967, S. 76–79, hier S. 78.

hielt, verstand die Parlamentsarbeit als Agitation, aber auch als Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, die er aus humanitären Gründen, aber auch zur Verbesserung der Organisations- und Kampffähigkeit der Unterschichten mit voller Überzeugung betrieb. Der Reichstag und die Stadtverordnetenversammlung waren seine Haupttätigkeitsfelder. Er vertrat neben Bebel seine Partei im Seniorenkonvent des Reichstages, war regelmäßig Mitglied der Budgetkommission, der wichtigsten Reichstagskommission, war Mitglied und von 1893 bis 1902 und dann erneut von 1909 bis zu seinem Tod 1911 der Vorsitzende der Geschäftsordnungskommission des Reichstages.<sup>43</sup> Das war meines Erachtens die einzige Kommission, die vor 1914 im Reichstag zeitweise von einem Sozialdemokraten geleitet wurde.

Er war 1890 bis 1898 nach Bebel und danach bis 1911 noch vor Bebel der häufigste Redner seiner Partei im Reichstag, wobei etwa 40 Prozent seiner Interventionen sich mit Fragen der Geschäftsordnung befassten.<sup>44</sup> Mehrfach war er der Kandidat seiner Partei für den Posten eines Vizepräsidenten des Reichstages, hatte aber keine Chance gewählt zu werden, da er wie seine Partei die mit dem Posten verbundenen höfischen Verpflichtungen ablehnte.<sup>45</sup> Seine Fähigkeit als parlamentarischer Taktiker wurde besonders deutlich, als der konservative Abgeordnete Elard von Oldenburg-Januschau den Reichstag mit der Bemerkung provozierte, dass der Kaiser jederzeit in der Lage sein müsse, einem Leutnant zu befehlen, zehn Mann zu nehmen und den Reichstag zu schließen, und diese Äußerung vom Reichstagspräsidenten nicht gerügt wurde. Singer erreichte mit großem Geschick eine Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit der »Aufforderung zum Verfassungsbruch«<sup>46</sup>.

Singer galt aufgrund seiner Erfahrungen als Unternehmer und seiner intensiven Mitarbeit in der Korporation der Berliner Kaufmannschaft als Sachkenner, der zu Fragen der Zollpolitik, der Handelsvertragspolitik und zum Bankgesetz für seine Fraktion in die entsprechenden Kommissionen des Reichstages entsandt wurde und im Plenum sprach.<sup>47</sup> Als Mitglied der Budgetkommission und Haushaltsexperte hat er immer wieder zu Detailfragen des Haushalts Stellung genommen. Die großen Etatreden und die Grundsatzreden bei der ersten Lesung von bedeutenden Gesetzesvorlagen wurden dagegen von anderen, vor allem von Bebel, gehalten. Als Singer wegen einer schweren Herzerkrankung von Bebel 1907 bis 1909 für diesen einspringen musste<sup>48</sup>, wurde deutlich, dass er zwar ein gewiefter parlamentarischer Taktiker war, aber kein mitreißender Redner und schon gar kein charismatischer Parteiführer.

Auf den jährlichen Parteitag der Sozialdemokratie wurde Singer von 1890 bis 1909 mit der Ausnahme des Parteitages von 1904 der Dominierende der beiden für das Amt gewählten Vorsitzenden des Parteitages, der souverän und sachlich die Verhandlungen leitete. Das trug ihm in der Partei den Spitznamen »Großglockner« ein.<sup>49</sup> Mit wenigen Ausnahmen hielt er die Schlussreden auf den Parteitagen. Singer war einer der beiden Vertreter der Sozialdemokratie in dem 1901 gegründeten Internationalen Sozialistischen Bureau. Er referierte nach dem Tod von Wilhelm Liebknecht 1900 regelmäßig auf den

43 Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, Teil 1, S. CVIII f.

44 Reuter, Singer, S. 269.

45 Vgl. die Artikel Reichstagspräsidium, in: *Wilhelm Schröder* (Bearb.). Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, München 1910, S. 482–485; *ders.* (Bearb.). Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913, München o. J., S. 640–642.

46 St. B. R., 12. LP., 2. S., 29.1.1910, S. 901–903; vgl. weiter: *Hamburger*, Juden, S. 423 f.

47 Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, Teil 1, S. 72, S. 93, S. 133, S. 170, S. 190, S. 196, S. 210. Vgl. weiter *Hamburger*, Juden, S. 422.

48 Reuter, Singer, S. 466, S. 468 f.

49 Ebd., S. 230.

Parteitag der Sozialdemokratie über die internationalen Sozialistenkongresse<sup>50</sup> und leitete auch die Verhandlungen des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart im August 1907.

In der Partei wirkte Singer als Vermittler, etwa bei der Beilegung der Berliner Bierbojkotts 1894 oder bei den ständigen Spannungen zwischen Wilhelm Liebknecht als Chefredakteur des *Vorwärts* und den anderen Redakteuren der Zeitung. Zu seinen speziellen Aufgaben im Parteivorstand gehörte der *Vorwärts*, bei dem es wegen der Doppelfunktion als Zentralorgan der Partei und Zeitung der Berliner Sozialdemokraten immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Vorstand kam. Darüber hinaus war er der Verbindungsmann zwischen dem Vorstand und der Berliner Parteiorganisation.

In innerparteilichen Auseinandersetzungen war Singer ein typischer Vertreter des Parteizentrums mit einer deutlichen Affinität zur radikalen Richtung. Eine der wenigen Fragen, in denen er mit Bebel nicht übereinstimmte, war seine scharfe Ablehnung des vom Parteivorstand mit Unterstützung Bebels dem Parteitag von 1895 vorgelegten Agrarprogramms<sup>51</sup>, mit dem auch Landarbeiter und Bauern für die Partei gewonnen werden sollten. Während Singer in dieser Frage von der Mehrheit der Partei unterstützt wurde, konnte er sich mit seiner grundsätzlichen Ablehnung einer Beteiligung der Sozialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen während des Bestehens des Dreiklassenwahlrechts gegen Bebel auf Dauer nicht durchsetzen.<sup>52</sup>

Singer war ein scharfer Gegner aller revisionistischen und reformistischen Bestrebungen und lehnte gegen die Auffassung der süddeutschen Sozialdemokraten jede Zustimmung zum Budget im Landtag, aber auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, prinzipiell ab. Während er eine partielle Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften zur Förderung der politischen und sozialen Ziele der Sozialdemokratie unterstützte, war er gegen jede Form der festeren Verbindung mit bürgerlichen Parteien. Man kann daher darüber spekulieren, ob es ohne seinen Tod zu dem von der Linken scharf kritisierten geheimen Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der Führung der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) bei den Reichstagswahlen vom Januar 1912 gekommen wäre. In diesem Abkommen hatte sich die SPD als Gegenleistung für die Unterstützung des »Fortschritts« in 31 Wahlkreisen gegen Kandidaten der Konservativen und des Zentrums verpflichtet, neben der generellen Unterstützung der in die Stichwahl gekommenen Kandidaten der FVP gegen Kandidaten rechtsstehender Parteien den Wahlkampf in den 16 Wahlkreisen zu »dämpfen«, in denen sich in der Stichwahl Kandidaten des »Fortschritts« und der Sozialdemokratie gegenüberstanden.<sup>53</sup>

Singer hat aber trotz seines verbalen Radikalismus als Praktiker der Politik Reformen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und der Unterschichten immer wieder unterstützt. Das wurde besonders deutlich in der Berliner Kommunalpolitik, in der er personalpolitische Entscheidungen des Magistrats hinter den Kulissen oft maßgeblich beeinflusst und sich nachdrücklich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung

50 Dabei handelte es sich um Referate sowohl zur Vorbereitung der Kongresse wie auch um Berichte über deren Ergebnisse. Singer hielt die entsprechenden Referate auf den Parteitag von 1902, 1903, 1906, 1907, 1909 und 1910. Nur auf dem von Singer nicht besuchten Parteitag von 1904 hielt Bebel die Rede über den Internationalen Sozialistenkongress von Amsterdam 1904.

51 Vgl. Singer an Adler, 27.9.1895, in: *Adler*, Briefwechsel, S. 192. Zu den Motiven für die Vorlage des Agrarprogramms und die Auseinandersetzungen darüber vgl. weiter *Ritter*, Arbeiterbewegung, S. 128–144.

52 *Reuter*, Singer, S. 302–311.

53 Vgl. *Jürgen Bertram*, Die Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Interessenverbände in der Innenpolitik des wilhelminischen Reiches, Düsseldorf 1964, S. 224–234; *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/Main etc. 1973, S. 273–276.

der städtischen Arbeiter und kleinen städtischen Angestellten eingesetzt hat. Generell forderte er ein starkes soziales Engagement seiner Heimatstadt Berlin. Er war während seiner Zeit als Stadtverordneter Mitglied in insgesamt 16 städtischen Deputationen und ständigen Ausschüssen.<sup>54</sup> Nur der Eintritt in die Schuldeputation wurde ihm von den staatlichen Aufsichtsbehörden verwehrt.<sup>55</sup> Besonders aktiv war er in der Verkehrsdeputation, in der er für eine Kommunalisierung des städtischen Nahverkehrs eintrat. Eines seiner Ziele, die jedoch erst 1920, neun Jahre nach seinem Tod, verwirklicht wurde, war die Schaffung von Groß-Berlin.

Insbesondere wegen seiner Schlüsselrolle in der Berliner Kommunalpolitik, in der viele Juden aktiv waren, wurde Singer seit den 1880er-Jahren immer wieder von antisemitischen Kreisen stark angegriffen. Singer selbst äußerte sich nicht zu spezifisch jüdischen Problemen und engagierte sich nicht in jüdischen Vereinen. Er hatte keine innere Verbindung zur jüdischen Religion, blieb aber Mitglied der jüdischen Gemeinde und bezeichnete sich im Gegensatz zu vielen anderen Sozialdemokraten nicht als »Dissident«.

Neben der Arbeit im Reichstag, im Parteivorstand, als Fraktionsführer der sozialdemokratischen Stadtverordneten von Berlin und als Inhaber und Berater von Parteiunternehmen war Singer von 1875 bis 1911 einer der maßgeblichen Träger der Berliner Asylvereins für Obdachlose.<sup>56</sup> Als gewissenhafter Kurator des Männerasyls hat er sich gegen das Polizeipräsidium und gegen Pastor Friedrich von Bodelschwingh für die Anonymität der Obdachlosen und gegen die Forderung einer Arbeitspflicht für arbeitsfähige Obdachlose erfolgreich eingesetzt. In diesem Verein, dem er bei seinem Tod ein größeres Legat vermachte, hat er besonders eng mit bürgerlichen Kräften zusammengearbeitet.

Paul Singer, von vielen Berliner Sozialdemokraten »Juden-Paule« genannt, war für ein Vierteljahrhundert der populärste sozialistische Führer Berlins.<sup>57</sup> Nach seinem Tod wurde sein Leichenzug zu einer sozialdemokratischen Großdemonstration. Nach der vielleicht zu hoch gegriffenen Schätzung des *Vorwärts* sollen mindestens 150.000 Personen sich dem Leichenzug angeschlossen haben.<sup>58</sup> Eine noch größere Menge bildete das Spalier. Es ist erstaunlich, dass die Erinnerung an diesen Repräsentanten der Berliner Arbeiterschaft und Schlüsselfigur in der Geschichte der Sozialdemokratie des Kaiserreiches – im Gegensatz zur Erinnerung an Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, Eduard Bernstein, Georg von Vollmar und Rosa Luxemburg – so schnell verloren gegangen ist. Einer breiteren Öffentlichkeit, aber auch vielen Sozialdemokraten und selbst Historikern, die sich nicht speziell mit der Geschichte der Sozialdemokratie befassen, ist er heute kaum bekannt. Zwar ist eine Straße in Ostberlin nach ihm benannt worden; die meisten Menschen verbinden aber mit dem Namen Singer, wenn er ihnen überhaupt etwas sagt, wohl eher Isaac Merrit Singer, den Erfinder der ersten in Privathaushalten gut verwendbaren Nähmaschine, oder vielleicht auch den bedeutendsten in Jiddisch schreibenden amerikanischen Autor Isaac Beshevis Singer, nicht aber den Mann, der mit Bebel am längsten, nämlich über 20 Jahre, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war.

### III. DER UNENTBEHRLICHE SOZIAPOLITISCHE EXPERTE: HERMANN MOLKENBUHR (1851–1927)

Hermann Molkenbuhr zählt ebenfalls zu den weitgehend vergessenen Politikern der frühen Sozialdemokratie. Im Unterschied zu Singer war er bereits sozialdemokratisch so-

54 Reuter, Singer, S. 517.

55 Ebd., S. 518–521.

56 Ebd., S. 58–69, S. 316–333.

57 Hamburger, Juden, S. 421.

58 Reuter, Singer, S. 583.

zialisiert worden. Molkenbuhr wurde in der westlich von Hamburg gelegenen Kleinstadt Wedel in Schleswig-Holstein, das damals noch unter dänischer Oberhoheit stand, als zweiter von drei Söhnen geboren. Zwei weitere Kinder, Zwillinge, waren 1850 im Alter von neun Monaten gestorben. Den Weg zur Sozialdemokratie fand er durch die existentielle Not der Familie nach dem Konkurs des Vaters 1862, der acht Jahre später starb. Die mit der ›Schande‹ des Bankrotts belastete Familie zog 15 Kilometer weiter nach Ottensen, wo der zehnjährige Hermann wie sein noch jüngerer Bruder Wilhelm eine gesundheitsschädliche Arbeit in einer Zichorien- und Kaffeesurrogatfabrik fanden. Statt eines geregelten Schulbesuchs blieb ihm nur die Abendschule für Fabrikkinder. Kennzeichnend für Molkenbuhr war – wie für viele der Sozialdemokraten jener Zeit – eine lebenslange Liebe zur Literatur und sein Versuch, durch intensives Selbststudium die Lücken seines Wissens zu schließen.<sup>59</sup>

Seit März 1864 war er zunächst als Zurichter, also Hilfsarbeiter eines Zigarrenmachers beschäftigt, ehe er diesen Beruf erlernte. Die Tabakarbeiter waren eine der stärksten Stützen der frühen deutschen Arbeiterbewegung.<sup>60</sup> Im Großraum Hamburg, das bis 1890 das wichtigste Zentrum der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war<sup>61</sup>, kam er bald mit der Arbeiterbewegung und den Schriften von Lassalle – Hamburg war eine Hochburg der Lassalleaner – in Berührung.<sup>62</sup> Im August 1872 trat er in den ADAV ein und wurde sofort ein viel beschäftigter Agitator, vor allem im südlichen Holstein. Er beteiligte sich am Aufbau des Arbeitervereins seines Heimatortes Ottensen und wurde dort 1874 zum Bevollmächtigten des ADAV gewählt. Er war zudem einer der Mitbegründer des *Hamburg-Altonaer Volksblattes* 1875.<sup>63</sup> Als Delegierter Ottensens nahm er am Vereinigungskongress der beiden Richtungen der politischen Arbeiterbewegung in Gotha 1875 teil und lernte dort Bebel kennen.<sup>64</sup>

Während des Sozialistengesetzes wurde Molkenbuhr einige Monate nach der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über den Großraum Hamburg am 28. Oktober

59 Vgl. zur Herkunft und zu den ersten Lebensjahrzehnten von Molkenbuhr bis 1880 neben *Braun*, Molkenbuhr die jetzt unter dem Titel: »Ich wollte nach oben!« Die Erinnerungen von Hermann Molkenbuhr 1851–1880 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 24), Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2006, 340 S., geb., 32,- €, von *Bernd Braun* veröffentlichte Autobiografie von Molkenbuhr. Die vorzügliche Edition ist eine gute Quelle zur Geschichte des ADAV, zur Vereinigung der beiden deutschen sozialistischen Parteien 1875 und den dabei zu überwindenden Hindernissen, zur sozialdemokratischen Agitation im südlichen Holstein, zum Aufbau der Parteiorganisation unterhalb der Ebene des Wahlkreises, zu den Reichstagswahlen von 1874, 1877 und 1878 und den unmittelbaren Auswirkungen des Sozialistengesetzes auf die Partei im Großraum Hamburg. Sie ist aber auch sozialgeschichtlich vor allem wegen der Ausführungen über Kinderarbeit und die Abendschule für arbeitende Kinder, die wirtschaftliche und soziale Situation der Zigarrenmacher und ihre Gefährdung durch übermäßigen Schnapsgenuss sowie die Probleme junger Arbeiterfamilien von großem Interesse. Darüber hinaus ist es dem Bearbeiter gelungen, mit geradezu detektivischem Scharfsinn die Lebensdaten vieler Arbeiter, die in der frühen Arbeiterbewegung im Großraum Hamburg auf unterer Ebene eine Rolle spielten, zu ermitteln.

60 Vgl. *Ferdinand Dahms*, Geschichte der Tabakarbeiterbewegung, Hamburg 1965.

61 Vgl. zur Hamburger Arbeiterbewegung neben der älteren Arbeit von *Heinrich Laufenberg*, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, 2 Bde., Hamburg 1911 und 1931 vor allem *Helga Kutz-Bauer*, Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat in der Zeit der Großen Depression. Eine regional- und sozialgeschichtliche Studie zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Großraum Hamburg, 1873 bis 1890, Bonn 1988.

62 *Braun*, Molkenbuhr, S. 58–67.

63 *Waltraud Sperlich*, Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867–1918, Düsseldorf 1983, S. 201.

64 Trauerrede von Molkenbuhr auf Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena 1913, Protokoll, S. 203–207, hier: S. 204.

1880 im Mai 1881 mit seinem älteren Bruder ausgewiesen. Hermann Molkenbuhr emigrierte nach einigen Wochen ohne seine Frau und seine drei Kinder zusammen mit seinem unverheirateten Bruder Hinrich in die Vereinigten Staaten. Für seinen Entschluss spielten neben der politischen Verfolgung die günstigen Arbeitsmöglichkeiten als Zigarrenmacher in New York eine wesentliche Rolle.<sup>65</sup> Molkenbuhr kehrte nach drei Jahren aufgrund der Krise seiner Ehe, die schließlich zur Scheidung führte<sup>66</sup>, nach Deutschland zurück und nahm seine Tätigkeit als aktiver Sozialdemokrat wieder auf. Die Zeit in den USA erweiterte seinen Horizont und führte zu sehr guten Englischkenntnissen, die ihm als Delegierten seiner Partei auf internationalen sozialistischen Kongressen und häufigen Gastreden auf Versammlungen und Parteitagungen ausländischer Sozialisten zugute kam.

Seit der Reichstagswahl von 1884 kandidierte Molkenbuhr in verschiedenen Wahlkreisen und wurde schließlich 1890 im 6. Schleswig-Holsteiner Wahlkreis Pinneberg/Segeberg in der Stichwahl mit 50,3 Prozent der Stimmen gegen einen Nationalliberalen gewählt.<sup>67</sup> Ein Jahr später erhielt Molkenbuhr eine feste Anstellung als Redakteur des *Hamburger Echo*<sup>68</sup>, der nach dem *Vorwärts* wichtigsten Parteizeitung der Sozialdemokratie, die er fast 14 Jahre bis zur Ernennung zum Parteisekretär 1904 innehatte. Er gab seinen Beruf als Zigarrenmacher auf und wurde Berufspolitiker. Molkenbuhr galt wegen der Ausweisung, der Emigration und Rückkehr und einer Verhaftung 1887, als er nach vier Monaten Untersuchungshaft in einem Geheimbundprozess schließlich freigesprochen wurde, auch auf nationaler Ebene als Märtyrer der Partei. Er konnte zudem später das Prestige eines Parteiveteranen, der bereits auf dem berühmten Vereinigungskongress 1875 teilgenommen hatte, in Anspruch nehmen.

Seine starke Stellung in der Fraktion verdankte er seiner Position als führender Experte der Partei für die Sozialpolitik. In seinem Tagebuch beschreibt er, wie er eher zufällig zum Fachmann auf diesem Gebiet wurde: »Weil kein Mitglied der Fraktion 1890 die Materie der Versicherungsgesetze recht beherrschte, musste ich in die Kommission, die das Krankenversicherungsgesetz« – es handelte sich um eine 1892 verabschiedete Novelle des Gesetzes von 1883 – »beraten sollte, eintreten. Ich verstand auch nichts von der Sache, denn ich hatte das Krankenversicherungsgesetz noch nicht einmal gelesen. Damals musste ich das Gesetz und die Vorlage durchlesen, und weil ich bald Mängel entdeckte, die den Kollegen noch unbekannt waren, so wurde ich bald für einen besonderen Kenner der Materie gehalten. Weil ich immer wieder Vertreter der Fraktion bei den Versicherungsgesetzen war, so habe ich im Laufe der Zeit etwas Kenntnis in der Frage erworben.«<sup>69</sup>

Aufgrund seiner Kompetenz und seiner parlamentarischen Geschicks wurde Molkenbuhr bald zu einem für die Fraktion unverzichtbaren Sachkenner für Sozialpolitik, insbesondere der Arbeiterversicherung, des Arbeiterschutzes und des Arbeitsrechts. Das führte dazu, dass er zwei Mal nach dem Verlust seines Wahlkreises bei den Reichstagswahlen 1893 und 1907 in einer Nachwahl bzw. einer Ersatzwahl innerhalb weniger Wochen bzw.

65 Vgl. *Braun*, Molkenbuhr, S. 106–108.

66 Ebd., S. 112 f.

67 *Fritz Specht/Paul Schwabe* (Bearb.), *Die Reichstags-Wahlen von 1867 bis 1907. Eine Statistik der Reichstags-Wahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnisse der gewählten Abgeordneten*, 2. Aufl., Berlin 1908, S. 111.

68 *Sperlich*, *Journalist mit Mandat*, S. 201.

69 *Bernd Braun/Joachim Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer, Parlamentarier, Parteiveteran. Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927*, München 2000, Eintragung v. 8.5.1909, S. 114 f. Zu der Novelle v. 10.4.1892, deren Entwurf dem Reichstag am 22.11.1890 vorgelegt wurde und ihrer Ablehnung durch die SPD, vgl. *Florian Tennstedt*, *Vom Proletarier zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914*, Köln 1983, S. 424–428.

Monate in den Reichstag nachrücken konnte.<sup>70</sup> Molkenbuhr ist daher von 1890 bis 1924, als er nach der Vereinigung der SPD mit der USPD seinen günstigen Listenplatz in dem sächsischen Wahlkreis 30 (Chemnitz/Zwickau) verlor und als einziges Mitglied des Parteivorstandes auf der Reichsliste nicht abgesichert worden war<sup>71</sup>, mit nur kurzen Unterbrechungen im Reichstag bzw. der Nationalversammlung tätig gewesen.

Auch als Redakteur des *Hamburger Echo* und Mitglied des Parteivorstandes seit 1904 bildet die parlamentarische Tätigkeit als sozialpolitischer Experte der Partei, der allerdings auch als Kommissionsmitglied und Redner für die Beratung von Handelsverträgen im Parlament eingesetzt wurde, den eindeutigen Mittelpunkt seiner politischen Arbeit. Molkenbuhr hat von 1890 bis 1912 504-mal im Plenum des Reichstages gesprochen und wurde in der Häufigkeit als Redner in den einzelnen Legislaturperioden in seiner Partei meist nur von Bebel, Singer und dem Abgeordneten des Wahlkreises Niederbarnim, Arthur Stadthagen, übertroffen.<sup>72</sup>

Im Dezember 1892 war Molkenbuhr als Vertreter seiner Fraktion anstelle von Max Schippel, der eine neunmonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen hatte, in die im gleichen Jahr geschaffene Reichskommission für Arbeiterstatistik eingetreten. In dieser Kommission hat er ebenso wie im Beirat des 1902 anstelle der Kommission errichteten Abteilung für Arbeiterstatistik beim Statistischen Amt bis zu seiner Niederlage in der Reichstagswahl 1907 und dann erneut nach 1912 aktiv mitgearbeitet.<sup>73</sup> Molkenbuhrs erhebliche Kenntnisse auf dem Gebiet der Statistik, mit denen er immer wieder seine Reden und Artikel anreicherte, gehen wohl vor allem auf diese Tätigkeit zurück.

Als Experte der Sozialpolitik war Molkenbuhr als Vertreter seiner Fraktion faktisch an allen wichtigen Kommissionen zur Sozialpolitik beteiligt und hat die Haltung seiner Partei zu Fragen der Existenzsicherung der Arbeiter, die in der Forschung über die Arbeiterbewegung neben ihrer Rolle als Opponenten des herrschenden Systems und Träger einer politischen Emanzipationsbewegung stark vernachlässigt worden sind<sup>74</sup>, wesentlich geprägt. Offenbar hatte Molkenbuhr einen entscheidenden Anteil an der strategischen Neuorientierung der SPD, die ursprünglich die Sozialversicherungsgesetze der 1880er-Jahre trotz ihrer intensiven Beteiligung an der Beratung der Gesetze abgelehnt hatte, um die Jahrhundertwende. Erstmals wurden die Novellen zum Invalidenversicherungsgesetz 1899 und zum Unfallversicherungsgesetz von 1900 nach Berichten von Molkenbuhr von

70 1893 übernahm er nach einer Nachwahl den von August Bebel gewonnenen Wahlkreis Hamburg 1, den er allerdings 1898 wieder an Bebel abtreten musste. Bebel hatte 1893 zugleich ganz unerwartet den Wahlkreis Stadt Straßburg in Elsass-Lothringen gewonnen und musste auf eines der Mandate verzichten. 1907 übernahm Molkenbuhr nach der Wahlniederlage in seinem Wahlkreis Düsseldorf 2 aufgrund einer Ersatzwahl den durch den Tod des Parteisekretär Ignaz Auer am 10.4.1907 frei gewordenen sicheren 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane, der schon 1867 von Bebel bei den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes gewonnen worden war. Vgl. *Specht/Schwabe*, Reichstags-Wahlen, S. 295, S. 229.

71 Vgl. seine Aufzeichnung »Mein Abschied vom Parlamentarismus« vom 11.4.1924, die seine tiefe Enttäuschung zum Ausdruck bringt: »Nun bin ich der rüdische Hund, den man mit einem Fußtritt beiseite schiebt«, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), Arbeiterführer, S. 382–385, Zitat S. 384.

72 Vgl. die Übersicht bei *Braun*, Molkenbuhr, S. 141. In der Legislaturperiode von 1907–1912 sprach nur Singer häufiger als Molkenbuhr im Reichstag.

73 Vgl. zu der Kommission, ihre Einschätzung durch die Sozialdemokratie, ihre Arbeit und der Rolle Molkenbuhrs in ihr *Braun*, Molkenbuhr, S. 162–170; *Hans-Jörg von Berlepsch*, »Neuer Kurs« im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890 bis 1896, Bonn 1987, S. 204–224. *Max Schippel* (Hrsg.), Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch. Ein Führer durch die Zeit- und Streitfragen der Reichsgesetzgebung, Berlin o. J. [1902], S. 810–817.

74 Das moniert zu Recht *Florian Tennstedt* in seinem Werk »Vom Proletarier zum Industriearbeiter«, S. 16, in dem der bisher wichtigste Versuch unternommen wird, diese Lücken auszufüllen.



der Fraktion von einer Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten akzeptiert<sup>75</sup> und im Reichstag geschlossen dafür gestimmt. Entscheidend war, dass trotz der weiter bestehenden Kritik an vielen Bestimmungen der Gesetze einige wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter erreicht und einige Änderungswünsche der Sozialdemokratie vom Reichstag akzeptiert worden waren. Die Seemannsordnung von 1902 wurde jedoch entgegen den Wünschen von Molkenbuhr von der Fraktion mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt und im Reichstag geschlossen gegen sie votiert.<sup>76</sup>

Das Angestelltenversicherungsgesetz von 1911, das erhebliche Verbesserungen der Leistungen aber auch höhere Beiträge der versicherten Angestellten vorsah, ist von der Sozialdemokratie trotz ihrer grundsätzlichen Kritik an der Aufspaltung der Versicherung für einzelne Berufsgruppen schließlich akzeptiert worden. Die Sozialdemokratie war dabei vor allem von wahltaktischen Überlegungen kurz vor der Reichstagswahl von 1912, dem Versuch, ihre Anhängerschaft in dem schnell expandierenden »neuen Mittelstand« der Angestellten zu erweitern, bestimmt worden.<sup>77</sup> Die Angestelltenversicherung wurde zudem für die Sozialdemokratie zu dem Modell für die Weiterentwicklung auch der Arbeiterversicherung.

Für fast zwei Jahre war Molkenbuhr weitgehend durch die parlamentarische Beratung der 1754 Paragraphen des Entwurfs der 1911 beschlossenen Reichsversicherungsordnung, über den Molkenbuhr in der Fraktion und auf den Parteitag von 1910 und 1911 immer wieder referierte<sup>78</sup>, in Anspruch genommen. Die Sozialdemokratie hat sich an den Beratungen des Gesetzes, durch das erstmals eine Hinterbliebenenversorgung für invalide Witwen und für Waisen in die Invaliditäts- und Altersversicherung eingeführt wurde und das bis zur allmählichen Ablösung durch das Sozialgesetzbuch seit den 1980er-Jahren die Grundlage des deutschen Sozialrechts bildete, intensiv beteiligt und hat 587 Abänderungsanträge gestellt.<sup>79</sup> Sie hat das Gesetz aber schließlich geschlossen abgelehnt, da insbesondere die Neuordnung der Organisation der jetzt auch auf die Landarbeiter ausgedehnten Krankenversicherung mit einer Stärkung des Einflusses der Arbeitgeber und einer Eindämmung der bisherigen Machtstellung der Arbeitervertreter in den Krankenkassen sowie mit einer Schwächung der Selbstverwaltungsrechte der Mitglieder zugunsten der staatlichen und kommunalen Bürokratie verbunden war.<sup>80</sup> Molkenbuhr hat nach der Ver-

75 Vgl. Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, Teil 1, insb. S. 8, S. 11, S. 19, S. 37, S. 42–45.

76 Vgl. Molkenbuhr in der Sitzung des Parteiausschusses v. 27.3.1916, in: Vorstand der SPD (Hrsg.) Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 – 1921, Berlin 1914 ff. *Dieter Dowe* (Hrsg.), Nachdrucke, 2 Bde., Berlin/Bonn 1980) Bd. 1, S. 278. Molkenbuhr führt darin aus, dass sich nach der Fraktionssitzung einige Genossen meldeten, die an der Sitzung nicht teilnahmen und erklärten, dass sie für die Annahme gestimmt hätten, aber Singer eine weitere Abstimmung ablehnte. Zu Molkenbuhrs Haltung zur Seemannsordnung vgl. weiter seinen umfangreichen Artikel »Die neue Seemannsordnung und ihre Nebengesetze«, in: Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 17 (1902), S. 619–669.

77 Vgl. zu dem Gesetz und seiner Entstehung *Barbara Bichler*, Die Formierung der Angestelltenbewegung im Kaiserreich und die Entstehung des Angestelltenversicherungsgesetzes von 1911, Frankfurt/Main 1997.

78 Protokoll des Parteitags von Magdeburg von 1910, S. 465–470; Protokoll des Parteitags von Jena 1911, S. 319–327; vgl. zu Molkenbuhrs Position weiter: *Molkenbuhr*, Rente oder Almosen?, in: Die Neue Zeit, Jg. 27, 2, 9.7.1909, S. 500–505; *ders.*, Zum Kampf gegen die Reichsversicherungsordnung, Chemnitz 1911.

79 Äußerung von Molkenbuhr auf dem Parteitag 1911, Protokoll, S. 322. Wenn die »Prinzipalanträge« angenommen worden wären, wäre man sogar nach Molkenbuhr auf 2.000–3.000 Anträge gekommen.

80 Zur parlamentarischen Beratung und zum Inhalt des Gesetzes vgl. *Klaus Rother*, Die Reichsversicherungsordnung 1911. Das Ringen um die letzte große Arbeiterversicherungsgesetzgebung des Kaiserreichs unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Sozialdemokratie, Aachen 1994; *Wolfgang J. Mommsen*, Die Reichsversicherungsordnung vom Jahre 1911, in: *Winfried*

abschiedung des Gesetzes versucht, durch den Nachweis einer falschen, weit übertriebenen Berechnung der Kosten für die Witwen- und Waisenversorgung vor allem höhere Leistungen für die Waisen zu erreichen. Der von Molkenbuhr initiierte Antrag der Budgetkommission, »neue Berechnungen über die Belastung des Reiches und der Versicherten aus der Hinterbliebenenversorgung« aufstellen zu lassen, wurde vom Reichstag am 22. November 1913 einstimmig angenommen.<sup>81</sup>

Entscheidenden Einfluss hatte Molkenbuhr auf die seit der Jahrhundertwende aufkommende intensive Diskussion in der Arbeiterbewegung, aber auch bei bürgerlichen Sozialreformern, über die Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts waren immer mehr Gewerkschaften dazu übergegangen, vor allem zur Eindämmung der Fluktuation ihrer Mitglieder, eine eigene Arbeitslosenversicherung zu errichten.<sup>82</sup> 1895 wurde erstmals eine umfassende, allerdings methodisch noch mangelhafte, in ihrer Art aber bis zum Ende des Kaiserreiches einzigartige amtliche reichsweite Erhebung über das Ausmaß und die Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit zu zwei Terminen am 14. Juni und 2. Dezember vorgenommen.<sup>83</sup> Unter Auswertung der Ergebnisse dieser Statistik entwickelte Molkenbuhr im Januar 1902 in der sozialistischen Wochenschrift *Die Neue Zeit* den Plan einer vom Reich getragenen, sämtliche Lohnarbeiter, also auch die Landarbeiter, erfassenden Arbeitslosenversicherung.<sup>84</sup> Die auf knapp 220 Millionen im Jahr geschätzten Kosten an Unterstützungsgeldern sollten zu einem Drittel vom Reich und je einem weiteren Drittel von Unternehmern und Versicherten getragen werden. Die Verwaltungskosten in Höhe von etwa 60 Millionen Mark sollten die Einzelstaaten und Gemeinden übernehmen. Die Arbeitslosen sollten nach Wohnort und Stärke der Familie und – ähnlich wie bei der Invaliditäts- und Altersversicherung – nach Klassen mit unterschiedlichen Beiträgen und Leistungen gestaffelt, eine Unterstützung von durchschnittlich zwei Mark täglich erhalten. Die Unterstützungsdauer sollte von der Dauer der Beitragsleistung abhängig sein. Die Organisation der Arbeitslosenversicherung sollte eng mit öffentlichen Arbeitsnachweisen, die in jeder Stadt und jedem Kreis zu errichten wären, verbunden werden. Diese sollten die Unterstützungsleistungen auszahlen, eine Arbeitslosenstatistik, auf deren Ausbau Molkenbuhr als Grundlage für die Beobachtung des Arbeitsmarktes großen Wert legte, erstellen und die notwendigen

---

*Speitkamp/Hans-Peter Ullmann* (Hrsg.), *Konflikt und Reform*. Festschrift für Helmut Berding, Göttingen 1995, S. 255–264.

- 81 St. B. R., Bd. 287, S. 3166; vgl. weiter *Hermann Molkenbuhr*, Die Rechenfehler in der Witwen- und Waisenversicherung, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 31, 1, 21.3.1913, S. 887–898; *ders.*, Noch einmal die Rechenfehler in der Witwen- und Waisenversicherung, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 32, 2, 8.5.1914, S. 255–264; *ders.*, Die Rechenfehler in der Witwen- und Waisenversicherung, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 33, 2, 14.5.1915, S. 216–220.
- 82 Grundlegend dazu: *Klaus Schönhoven*, Selbsthilfe als Form der Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914, in: *AfS* 20, 1980, S. 147–193. Generell zur Diskussion und zum Stand der Arbeitsmarktpolitik und der verschiedenen Formen der Vermittlung und Unterstützung von Arbeitslosen *Anselm Faust*, *Arbeitsmarktpolitik im Deutschen Kaiserreich: Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung 1890–1918*, Stuttgart 1986.
- 83 Die Veröffentlichung erfolgte in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches. Ergänzung zum 4. Hefte, Berlin 1896. Eine zum Teil weitergehende Bearbeitung findet sich in der Zusammenfassung der Ergebnisse der Berufszählung vom 14.6.1895, in: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. III, S. 245–261, 339\*–341\*. Vgl. zu den Ergebnissen dieser Statistik weiter: *Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde*, *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S. 245–250. Vgl. weiter: *Die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Ausland und im Deutschen Reich*, 3 Teile, Berlin 1906, Teil 1, S. 362 ff.
- 84 *Hermann Molkenbuhr*, Zur Frage der Arbeitslosenversicherung, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 20, 1, S. 533–537, S. 558–565.

Kontrollen durchführen. Die Aufsicht über die Arbeitsnachweise sollte bei gewählten Vertretern der Versicherten und der Unternehmer liegen, die auch Streitigkeiten über die Frage, ob ein Anspruch auf Unterstützung besteht, als Gericht entscheiden sollten. Wünschenswert wäre zudem zur Senkung der Verwaltungskosten eine Verbindung der Arbeitslosenversicherung mit der Organisation der Kranken- und der Invaliditätsversicherung. Molkenbuhr hoffte, dass von der Arbeitslosenversicherung auch ein Anstoß zur gesetzlichen Reduzierung der Arbeitszeit zur Senkung der Versicherungskosten ausgehen würde.

Molkenbuhrs Vorstoß traf nicht nur auf den erwarteten Widerstand der Unternehmer, die davon eine entscheidende Schwächung ihrer Position bei Tarifverhandlungen und Streiks befürchteten, und die Ablehnung der Reichsleitung, die vor 1914 die Arbeitslosenfrage als eine Aufgabe der Einzelstaaten und Kommunen ansah, sondern er wurde auch von wesentlichen Teilen der Arbeiterbewegung scharf abgelehnt. Widerstand kam besonders von den Gewerkschaften, die sich als alleinige Träger der Arbeitslosenversicherung ansahen und als Konsequenz einer Reichsarbeitslosenversicherung eine Einengung ihrer Tätigkeitsfelder und damit eine Schwächung ihrer Organisationen befürchteten.<sup>85</sup> Auf dem Münchner Parteitag von 1902 hat Adolph von Elm, einer der führenden Vertreter der sozialistischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, sogar behauptet, dass bereits die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung, die mit den Hilfskassen tatsächlich in der Zeit des Sozialistengesetzes ein Rückgrat der SPD und der freien Gewerkschaften gewesen war<sup>86</sup>, die Entwicklung der Gewerkschaften gehemmt habe.<sup>87</sup> Die Gewerkschaften haben sich schließlich bis zum Ersten Weltkrieg auf das in einigen deutschen Städten vor 1914 praktizierte sogenannte Genter Modell<sup>88</sup>, die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung durch kommunale Zuschüsse, festgelegt. Damit wurde aber in Kauf genommen, dass die Mehrheit der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von der Unterstützung nicht erfasst wurde.

Das Konzept Molkenbuhrs wurde aber nicht nur von den Gewerkschaften sondern auch von radikalen Theoretikern der Sozialdemokratie, die darin eine Ablenkung vom Endziel des sozialistischen Zukunftsstaates, in dem es keine Arbeitslosigkeit mehr geben würde, sahen, scharf verurteilt und Molkenbuhr indirekt als Häretiker, der sozialistische Ideen verfälsche, diffamiert.<sup>89</sup> Als Molkenbuhr auf dem Parteitag 1902 ein Programm seiner Partei zum Ausbau der Arbeiterversicherung vorlegte, wurde nur noch generell die Einführung einer Arbeitslosenversicherung gefordert; über deren Organisation und Träger wurden aber keine Angaben gemacht.<sup>90</sup> Auch Molkenbuhrs Referat über »Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland« auf dem Gewerkschaftskongress von 1908 begründete »zur Sicherung der Rechtsverhältnisse, zum Schutz von Leben und Gesundheit« und zur »Bewahrung vor Versinken in Pauperismus« unter anderem auch den

85 Vgl.: Zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung I-III, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 18, 19 und 20 v. 5., 12. und 19.5.1902; Adolph von Elm, Staatspflicht und Kampforganisation, in: Sozialistische Monatshefte, Mai 1902, S. 334–344.

86 Vgl. Gerhard A. Ritter, Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Opladen 1998, S. 51 f.

87 Protokoll des Parteitages von München 1902, S. 194–196.

88 Vgl. dazu Hansjoachim Henning, Arbeitslosenversicherung vor 1914: Das Genter System und seine Übernahme in Deutschland, in: Hermann Kellenbenz (Hrsg.), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt, München 1994, S. 271–287.

89 Vgl. insbesondere Heinrich Wetzker, Arbeitslosen-Versicherung und Sozialdemokratie, in: Vorwärts, Nr. 184, 9.8.1902. Vgl. weiter die Auseinandersetzung Molkenbuhrs mit seinen Kritikern: Zur Frage der Arbeitslosenversicherung, in: Die Neue Zeit, Jg. 20, 2, 3.9.1902, S. 723–730.

90 Text der Resolution im Protokoll des Parteitages von München 1902, S. 245.

Ausbau der Arbeiterversicherung durch die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung »unter der Selbstverwaltung der Versicherten«. Molkenbuhr betonte in seinem Referat, dass im Unterschied zu lange bestehenden Auffassungen kein Gegensatz zwischen der sozialen Gesetzgebung und der Tätigkeit der Gewerkschaften bestehe und die Gewerkschaften als Pioniere auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung anzusehen seien.<sup>91</sup> Auf dem Parteitag von 1913 schwenkte die Sozialdemokratie auch offiziell auf die Position der Gewerkschaften ein, die auf ihrem Kongress von 1911 gefordert hatten, dass die Arbeitslosenversicherung »auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dergestalt zu organisieren« sei, »daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen.«<sup>92</sup>

Für Molkenbuhr war es eine späte Genugtuung, dass sich seine Idee einer vom Reich getragenen Arbeitslosenversicherung allmählich durchsetzte. Am 11. April 1924 vertraute er seinem Tagebuch an: »Als ich im Frühjahr 1902 in der ›Neuen Zeit‹ meine Vorschläge über Arbeitslosen-Versicherung veröffentlichte, hatte ich fast die ganze Partei gegen mich. Wetzker im ›Vorwärts‹ und die ganze Gewerkschaftspresse fielen über mich her, als wenn ich ein Verräter sei. Ganz anders beurteilt man jetzt die Frage. Schon während der Zeit des Krieges stellten sich die Vorstände der Gewerkschaften auf den Boden meiner Vorschläge, und jetzt ist man einig, daß man nur auf dem von mir gewiesenen Weg zum Ziel kommen kann. Freilich nennt man meinen Namen nicht. Ich habe eben das Unglück, mit manchem Vorschlag zu früh zu kommen.«<sup>93</sup> In der letzten Tagebucheintragung Molkenbuhrs vom 6. Juli 1927, gut fünf Monate vor seinem Tod, schrieb er, dass die Schaffung der Arbeitslosenversicherung beschlossen sei: »Es ist ein wichtiges Stück Sozialversicherung, mit dessen Schaffung ich mich länger als ein Vierteljahrhundert beschäftigt habe.«<sup>94</sup> Molkenbuhr war so einer der oft vergessenen Pioniere der deutschen Arbeitslosenversicherung.

Auf vielen Parteitagen und den Internationalen Sozialistenkongressen 1904 und 1910 hat Molkenbuhr Grundsatzreden zur Sozialpolitik gehalten und das 1902 verabschiedete Programm zum Ausbau der Arbeiterversicherung vertreten. Dieses sah die Vereinheitlichung der Versicherung und ihre Ausdehnung auf »alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen«, die volle Selbstverwaltung durch die Versicherten, die Heranziehung aller Klassen zu ihrer Finanzierung, die Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Versicherung, den Ausbau der Unfallverhütung und Maßnahmen der Verhütung von Berufskrankheiten, die Unterstützung der Schwangeren und Wöchnerinnen, die Organisation des Arbeitsmarktes, die Einführung der Arbeitslosenversicherung und die Errichtung der damals noch nicht bestehenden Witwen- und Waisenversorgung vor.<sup>95</sup>

In den innerparteilichen Auseinandersetzungen vertrat Molkenbuhr die Position des Vorstandes und lehnte den Revisionismus und Budgetbewilligungen in süddeutschen

91 Protokoll der Verhandlungen des sechsten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Hamburg vom 22. bis 27. Juni 1908, Berlin 1908, Resolution S. 48 f., Rede Molkenbuhrs über »Die Entstehung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland«, S. 261–273.

92 Protokoll der Verhandlungen des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 26. Juni bis 1. Juli 1911, Berlin 1911, Text der Resolution über »Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung«, S. 41. Text der Resolution des Parteitages von Jena 1913, Protokoll, S. 196 f. Die Resolution zur Arbeitslosenfürsorge wurde von Johannes Timm (S. 385–400) vorgestellt, während Molkenbuhr sich mit einem Diskussionsbeitrag (S. 410–412) begnügen musste.

93 Braun/Eichler (Hrsg.), Arbeiterführer, S. 384 f.

94 Ebd., S. 386.

95 Text der Resolution in: Protokoll des Parteitages von München 1902, S. 245.

Landtagen durch Vertreter der Sozialdemokratie ab. Er war als ausgesprochener Praktiker der Politik, der ein deutliches Misstrauen gegen die Theoretiker in der Partei, aber auch gegen radikale Vorschläge wie den Generalstreik, den Massenstreik und Straßendemonstrationen hatte<sup>96</sup>, dem rechten Parteizentrum zuzuordnen. Vor allem aus seinen Tagebüchern lässt sich Molkenbuhrs politisch-strategisches Konzept ableiten. Nach seiner Meinung dürfe sich die Partei keineswegs auf die Marxisten beschränken, sondern müsse auch bei den noch nicht erfassten potenziellen Wählern, vor allem den Landarbeitern und den katholischen Arbeitern, aber auch den Angestellten, wie überhaupt in den unteren Schichten neue Anhänger gewinnen. Wie in der Zeit des Sozialistengesetzes würden diese erst allmählich zu überzeugten Sozialdemokraten werden.<sup>97</sup> Die positive Arbeit für die Interessen der Arbeiter, vor allem auch in den Parlamenten, sah er dabei als das wirksamste Agitationsmittel an.<sup>98</sup> Immer wieder betonte er die Bedeutung der Kleinarbeit als entscheidenden Beitrag zum späteren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die nicht über Nacht, sondern nur in einem langen Prozess sich herausbilden könne. »Alle Kleinigkeiten zusammengefaßt« ergeben »dann das große herrliche Werk.«<sup>99</sup> Die Erfolge, etwa die Einbeziehung der Waisenkinder in die Versicherung, seien ein kleines Stück Vergesellschaftung: »Dergleichen wirkliche Fortschritte in der Richtung der Vergesellschaftung haben zur Folge, daß kleinen Schritten größere folgen. Die Schritte werden größer und die Zeiträume zwischen den einzelnen Unternehmungen kürzer. Wenn man dann das zusammenfaßt, was in einem halben Jahrhundert entstanden ist, dann ist das auch so viel Umwälzung, wie gewaltsame Erschütterungen wie die französische und die russische Revolution hinterlassen haben [...]. Der Aufbau des Neuen ist aber das Werk von Jahrzehnten.«<sup>100</sup>

Den Weg zur Stärkung der Macht der Arbeiterklasse zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft sah Molkenbuhr in den Ideen Lassalles, besonders seiner Forderung, die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum Kernpunkt des Programms zu machen. »Wenn Marx als ökonomischer Theoretiker Lassalle weit überlegen war, so zeigt Lassalle sich mit der Gründung des Vereins und mit seiner Agitation als der größere Taktiker.«<sup>101</sup> Die von Lassalle propagierte Taktik habe sich als die beste erwiesen. Aus ihr sei die mächtigste Partei Deutschlands hervorgegangen und auch die Proletarier aller Länder hätten dieses Programm angenommen und würden Deutschland als »Vorbild der proletarischen Bewegung« neidlos anerkennen.<sup>102</sup>

Molkenbuhr spekulierte auf die Gewinnung einer Mehrheit der Wähler für die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen. Nach dem großen Wahlsieg 1912 schrieb er in sein Tagebuch, dass man zu den in der Wahl erhaltenen 35 Prozent nur noch 16 Prozent dazu gewinnen müsste und dass dann man auch das richtige Mittel zur Erringen der Macht finden werde. »Wenn eine Klasse reif zur Herrschaft war, dann hat sie noch immer den Hebel zum Umsturz des Alten gefunden.«<sup>103</sup>

96 Vgl. die Tagebucheintragungen Molkenbuhrs vom 18. und 19.7.1903, 13.1.1908, 7.8.1909, 7.3.1911, 11.6.1913, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 45 f., S. 88, S. 122–124, S. 159, S. 197 f.

97 Vgl. die Tagebuchaufzeichnungen vom 13.12.1907, 15.12.1908, 10.2.1912, 19.10.1912, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 87, S. 110, S. 164, S. 209 f.

98 Zu Molkenbuhrs Betonung der positiven Arbeit der Sozialdemokratie vgl. auch seinen dreiteiligen Artikel »Positive Leistungen der Sozialdemokratie«, in: *Die Neue Zeit*, Jg. 25, 2, S. 21–29, S. 93–98, S. 118–128.

99 Tagebucheintragung vom 15.12.1908, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 110.

100 Tagebucheintragung vom 22.1.1913, in: ebd., S. 186.

101 Tagebucheintragung vom 23.5.1913, in: ebd., S. 193 f.

102 Ebd., S. 194.

103 Tagebucheintragung v. 10.2.1912, in: ebd., S. 164 f.

Selbst im Frühjahr 1920, als sich nach dem Kapp-Putsch, den folgenden Unruhen im Ruhrgebiet und dem Aufschwung der USPD die schwere Niederlage der SPD bei den bevorstehenden Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 abzeichnete, kritisierte er in einer Sitzung des Parteiausschusses vom 5./6. Mai 1920 die Kleinmütigen, die keine weitere Zunahme der Partei erwarteten: »Wir haben immer gesagt, wir können und wollen gewinnen, und wir haben gewonnen. So ist es bis jetzt immer gewesen. Es sind denn doch noch 55 Prozent der Wähler vorhanden, welche bei den letzten Wahlen nicht für die Sozialdemokratie gestimmt haben, und von diesen 55 Prozent der Wähler wird doch noch mancher zu bekehren zu sein. Denn wäre das nicht möglich, wäre ja die ganze Voraussetzung falsch, dass wir auf dem Wege der Demokratie jemals unsere Ziele verwirklichen können!«<sup>104</sup> Molkenbuhrs strategisches Konzept sollte sich sobald als Illusion erweisen. Typisch ist auch, dass er schließlich in einer Tagebuchaufzeichnung vom 8. April 1923 die Sozialpolitik selbst als Sozialisierung ansah: »Man hat bald nach dem Krieg das Wort Sozialisierung erfunden und darüber viel geredet und geschrieben. Das meiste, was dabei ans Licht gefördert wurde, waren Utopien. Moderne Ikarien oder Utopien, wie sie in Russland durchzuführen versucht wurden. Ich sah in dem Wort sozialisieren immer nur ein beschleunigtes Vorwärtstreiben der Sozialpolitik [...] also Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Sozialversicherung.«<sup>105</sup>

Molkenbuhr hatte keine Berührungsängste zu bürgerlichen Sozialpolitikern. Im August 1897 nahm er, trotz der Kritik einer starken Minderheit in der sozialdemokratischen Fraktion, wie 19 weitere Reichstagsabgeordnete der SPD, an einer Internationalen Arbeiterschutzkonferenz, zu der der schweizerische Arbeiterbund auch eine Mehrheit von Nichtsozialisten eingeladen hatte, teil.<sup>106</sup> Dagegen verhinderte knapp zwei Jahre später ein Fraktionsbeschluss die Teilnahme sozialdemokratischer Abgeordneter an einer von führenden bürgerlichen Sozialpolitikern in Deutschland initiierten Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Berlin.<sup>107</sup> Wie unbefangen Molkenbuhr auch die Leistungen von nichtsozialistischen Sozialpolitikern beurteilte, zeigte sich z. B. in seiner außerordentlich positiven Würdigung des ersten Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Tonio Bödiker, der als »Vorkämpfer der Arbeiterversicherung« die »wärmste Anerkennung« der Arbeiter errungen habe, in einem Nachruf im gewerkschaftlichen *Correspondenzblatt*.<sup>108</sup> Auch seine Trauerrede auf den Oberbürgermeister von Schöneberg, Rudolph Wilde, die er als Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher für den erkrankten Vorsteher hielt, zeugte von

104 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses, Bd. 2, S. 904. Um zu den 45 Prozent sozialdemokratischer Stimmen bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 zu kommen, hat Molkenbuhr offensichtlich den Stimmanteil der SPD von 37,9 Prozent und der USPD von 7,6 Prozent zusammen gerechnet. Bei den Reichstagswahlen von 1920/22 erhielt die SPD 21,7, die USPD 17,9 und die KPD 2,1 Prozent der Stimmen. Vgl. zu den Zahlen *Jürgen Falter u. a.* (Hrsg.), *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986, S. 67 f.

105 *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 372.

106 *Braun*, *Molkenbuhr*, S. 170.

107 Vgl. Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, Teil 1, Protokolle der Sitzungen vom 12.4. und 3.5.1899, S. 11 f., S. 14.

108 *Hermann Molkenbuhr*, *Präsident Dr. Bödiker gestorben*, in: *Correspondenzblatt*, Nr. 7, 16.2.1907. Bödiker war der erste Präsident des 1884 geschaffenen Reichsversicherungsamtes. Er hatte erhebliche Spannungen mit dem Reichsamt des Innern und trat deshalb im Sommer 1897 zurück und wurde mit der Leitung der Firma Siemens & Halske in Berlin betraut. Zur Bedeutung Bödikers für den Aufbau des Amtes und die Herausbildung des deutschen Sozialrechts vgl. *Florian Tennstedt*, *Das Reichsversicherungsamt und seine Mitglieder – einige biographische Hinweise*, in: *Deutscher Sozialrechtsverband e. V.* (Hrsg.), *Entwicklung des Sozialrechts. Aufgabe der Rechtsprechung. Festgabe aus Anlass des 100jährigen Bestehens der sozialgerichtlichen Rechtsprechung*, Köln etc. 1984, S. 47–82, insb. S. 49–54.

persönlicher Sympathie und einer Anerkennung der Leistungen des Stadtoberhaupts.<sup>109</sup> Gerade auch in der Kommunalpolitik, in der er sich von 1907 bis 1915 als Stadtverordneter und von 1915 bis 1919 als unbesoldeter Stadtrat, also Mitglied des Magistrats, zunehmend engagierte, bewährte sich sein Sinn für politische Tagesarbeit.

Als Praktiker der Politik hatte Molkenbuhr eine starke Stellung in der Fraktion. Nach dem Tod von Singer hat aber Bebel, der Molkenbuhr die Befähigung zu einer Führungsaufgabe absprach und zudem von ihm keinen ernsthaften Widerstand gegen die Revisio-nisten erwartete<sup>110</sup>, die mögliche Schilderhebung durch die Reformisten und die Gewerkschaftler zum Parteivorsitzenden dadurch verhindert, dass er ihm schrieb, dass er gegen seine Kandidatur sei.<sup>111</sup> Bebel betrieb zudem mit aller Energie die schließlich erfolgreiche Kandidatur von Hugo Hase zum Parteivorsitzenden.<sup>112</sup> Immerhin wurde Molkenbuhr vorher am 8. Februar 1911 mit einer Stimme Mehrheit zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er kommentierte in seinem Tagebuch, dass er damit nur »Vorsitzender eines Bruch-teils der Fraktion« sei und dass es vermessen wäre, »mir nun die Rolle des Vorsitzenden anmaßen zu wollen.«<sup>113</sup>

Tatsächlich hat er seine Funktion nie wirklich ausgefüllt. So ist es kennzeichnend, dass er zwar in den Seniorenkonvent, nicht aber – im Unterschied zu Singer – auch in die Budgetkommission gewählt wurde, für die nach Meinung seiner Fraktionskollegen angeblich seine Kraft nicht ausreichte.<sup>114</sup> Die Führung der Fraktion blieb bei Bebel, von dem Molkenbuhr zu Recht schreibt, dass er seine dominierende Position in der Partei nicht seinem Amt, sondern seiner Persönlichkeit verdankt habe. Er selbst habe sich »nie in der Partei um einen Posten beworben, sondern habe immer nur das übernommen«, wozu er aufgefordert wurde.<sup>115</sup>

Nach dem Tod Bebels wurde die Führung der Fraktion von Hase, der 1912 zum weiteren Vorsitzenden gewählt worden war, und Scheidemann, der 1913 mit knapper Mehrheit den Kandidaten der Radikalen, Georg Ledebour, ausstach<sup>116</sup>, übernommen. Schließlich wurde auch Friedrich Ebert, der 1913 als Nachfolger Bebels weiterer Parteivorsitzender neben Haase wurde, 1916 Mitvorsitzender der Fraktion. Molkenbuhrs Auffassung, dass man eigentlich gar keinen Fraktionsführer brauche, »sondern immer nur Kollegen, die den Auftrag ausführen«<sup>117</sup>, zeigt ebenso wie sein frühes Einlenken in den Auseinandersetzungen über die Nachfolge Singers als Parteivorsitzenden seine Grenzen als Politiker. Bei aller Fachkompetenz fehlte ihm sowohl der Machtwille wie auch die Bereitschaft zur rücksichtslosen Bekämpfung seiner politischen Gegner.

Im Ersten Weltkrieg hat Molkenbuhr trotz seiner herausgehobenen Position als einer der drei Vorsitzenden der Fraktion keine führende Rolle in der Partei und der Fraktion gespielt. Der Bewilligung der Kriegskredite stimmte er zu, da er sonst eine Herrschaft

109 In einer Tagebucheintragung nach dem 8. November 1910 gibt Molkenbuhr den ungefähren Inhalt seiner Rede wieder, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 149–152.

110 Bebel an Kautsky, 16.8.1910, in: *Karl Kautsky jr.* (Hrsg.), *Augusts Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky*, Assen 1971, S. 228.

111 Bebel an Kautsky, 5.8.1911, in: ebd., S. 266.

112 Vgl. zu den Auseinandersetzungen über die Nachfolge Singers als Parteivorsitzenden, die zudem auch mit der Kritik der Radikalen an der Zurückhaltung Molkenbuhrs gegenüber einer aktiven Politik der Internationalen in der Marokkokrise verbunden war: *Braun*, *Molkenbuhr*, S. 267–294.

113 Undatierte Aufzeichnung Molkenbuhrs, offenbar vom 8.2.1911, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 157.

114 Vgl. seine Tagebuchaufzeichnung vom 5.9.1913, in: ebd., S. 206.

115 Ebd.

116 Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, Teil 1, Sitzungen vom 2.12. und 10.12.1913, S. 306 f.

117 Tagebucheintragung Molkenbuhrs v. 5.9.1913, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 207.

der Zarismus in Europa befürchtete und das Schicksal der SPD mit dem des Deutschen Reiches verknüpft sei.<sup>118</sup> Zudem hätten er und die anderen Bewilliger der Kriegskredite sich der Mehrheit der Wähler und Mitglieder der Partei angeschlossen und damit die Einheit der Partei erhalten. Jeder Gegensatz zur großen Mehrheit der Parteigenossen hätte der Partei »einen schlimmeren Schaden zugefügt als die Gegner einschließlich der Schöpfer des Sozialistengesetzes es je vermocht haben.«<sup>119</sup> Ausdrücklich wandte er sich gegen die Illusion einer grundlegenden Änderung der Haltung der Regierung gegenüber den Sozialdemokraten und gegen die Auffassung, dass die Zustimmung zu den Kriegskrediten in der Erwartung auf politische Geschenke der Regierung, etwa das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Landtage, erfolgt sei. »Wir haben der Regierung nichts geschenkt und haben deshalb keinen Anspruch auf Gegengaben von der Regierung. Was wir haben wollen, müssen wir selber erobern.«<sup>120</sup> Von der nationalen Begeisterung vieler Sozialdemokraten bei Kriegsbeginn war er nicht angesteckt worden.

Im Krieg hat er sich vergeblich für die Erhaltung der Parteieinheit, die Wiederbelebung der Internationalen und die Herbeiführung des Friedens eingesetzt. Zur Förderung der Arbeiterinteressen forderte er eine Milderung der Arbeitslosigkeit durch die Gemeinden in den ersten Monaten des Krieges und sprach sich später für die Ausarbeitung eines sozialpolitischen Programms aus, das unter anderem Höchstpreise für Lebensmittel, die Erhöhung der Invaliden- und Waisenrente, eine Arbeitslosenversicherung und den Ausbau des gewerblichen und des Fachschulwesens wie der technischen Hochschulen vorsah. Er trat zudem für eine intensive Vorbereitung auf die Demobilmachung und die Übergangswirtschaft ein.<sup>121</sup> Am 22. November 1916 hielt er zusammen mit Gustav Bauer von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf der Vorständekonferenz der Gewerkschaften ein Referat über »Die Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft«, das 1917 veröffentlicht wurde.<sup>122</sup> 1915 wurde er in den Beirat für Volksernährung, der zeitweise fast tägliche Sitzungen abhielt, berufen.<sup>123</sup>

In der Revolution und der Zeit der Weimarer Republik wurde er, obwohl er seine Position als besoldetes Vorstandsmitglied bis zu seinem Tod beibehielt, zumal er auch gesundheitlich stark angeschlagen war, vollkommen an den Rand der Partei gedrängt. Ein staatliches Amt wurde ihm weder in der Revolution noch danach angeboten. Die Weimarer Verfassung hat er einer scharfsinnigen Kritik unterzogen und sich gegen Scheidemann und Otto Braun für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages als kleineres Übel gegenüber der militärischen Besetzung Deutschlands eingesetzt.<sup>124</sup> Aus seinem Tagebuch geht weiter hervor, dass er im April 1921 das Ausscheiden der SPD aus der preußischen Regierung und im November 1923 den Austritt der Partei aus der Reichsregierung als Verzicht auf bereits eroberte Machtpositionen scharf kritisierte.<sup>125</sup> Sein wichtigster Beitrag zur Parteigeschichte der Weimarer Republik war sein Vorsitz in der Kommission,

118 Tagebuchaufzeichnungen vom 6.8.1914 und 30.11.1914, in: ebd., S. 229, S. 235.

119 Molkenbuhr auf der Sitzung des Parteiausschusses vom 12. und 13.1.1915, in: Protokolle des Parteiausschusses, Bd. 1, S. 126.

120 Tagebucheintragung vom 8.10.1914, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 230.

121 Molkenbuhr auf der Sitzung des Parteiausschusses vom 22.9.1914, S. 102; Tagebucheintragungen vom 28.8. und 27.9.1915, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 266–271.

122 Die Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Referate von G. Bauer und H. Molkenbuhr auf der Vorständekonferenz vom 22. November 1916, Berlin 1917; vgl. weiter: Rechenschaftsbericht der Zentralkommission vom 1. Juni 1914 bis zum 31. Mai 1919, in: Protokoll der Verhandlungen des zehnten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 5. Juli 1919, Berlin 1919, S. 173 f.

123 *Braun*, Molkenbuhr, S. 321.

124 Ebd., S. 338–341, S. 345 f.

125 Tagebucheintragungen vom 16.4.1921 und 2.11.1923, in: *Braun/Eichler* (Hrsg.), *Arbeiterführer*, S. 349, S. 378–380.



die das »reformistische« kurzlebige Görlitzer Programm der Partei 1921 ausarbeitete.<sup>126</sup> 1924 verlor Molkenbuhr sein Reichstagsmandat und starb schließlich im Dezember 1927 im Alter von 76 Jahren als allseits respektierter, aber einflussloser Parteiveteran.

Molkenbuhr war ein bis 1914 für die Partei unentbehrlicher Experte in Fragen der Sozialpolitik. Er repräsentierte in seiner Person gleichsam den Wandel der Sozialdemokratie von einer am Endziel des sozialistischen Zukunftsstaates orientierten, stark von der Theorie bestimmten Partei zu einer parlamentarischen Interessenvertretung der Arbeiter und Unterschichten, die im Rahmen des jeweils bestehenden politischen Systems für die Verbesserung der Lage vor allem der Arbeiter kämpfte.

Die Veränderung des Charakters der Partei und ihrer Politik war dabei eng mit der Ausweitung ihrer Arbeitsfelder von der Reichspolitik auf die Politik in den Landtagen und Kommunen, den gewerkschaftlichen Bemühungen um die Mitgestaltung der Arbeitsbeziehungen und des Arbeitsmarktes durch Tarifverhandlungen und Arbeitsnachweise, aber auch der Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialpolitik verbunden. Trotz der Versuche der Reichsleitung und der preußischen Regierung vor 1914, die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften politisch und ihre Mitglieder auch sozial zu isolieren, der die Selbstisolierung der radikalen Kräfte der Arbeiterbewegung entsprach, gingen die Sozialdemokratie und noch stärker die freien Gewerkschaften schon vor 1914 eine immer engere Verflechtung mit ihrem sozialen und politischen Umfeld ein. Das wird nicht nur an den Biografien von Paul Singer und vor allem von Hermann Molkenbuhr deutlich. Auch in anderen biografischen Studien über Arbeiterführer der Zeit spiegelt sich diese Entwicklung wider. Der führende Reformist und Agrarpolitiker Georg von Vollmar machte die Sozialdemokratie zu einem nicht zu unterschätzendem Machtfaktor in der bayerischen Politik.<sup>127</sup> Carl Legien wurde der Führer einer starken Gewerkschaftsbewegung, die schon im Kaiserreich die Sozialpolitik beeinflusste und wenigstens in einigen Gewerbezweigen ein Gegenspieler und Partner der Arbeitgeber in Tarifverhandlungen wurde. Im Krieg und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik hatten die Gewerkschaften schließlich einen mitentscheidenden Einfluss auf die Organisation der Kriegswirtschaft, die Demobilisierung und die Herausbildung eines modernen Systems der Arbeitsbeziehungen.<sup>128</sup> Wilhelm Keil, der bewusst für eine Ausweitung des Rekrutierungsfeldes der Sozialdemokratie auf Bauern und Handwerker eintrat, hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg als einer der führenden Landespolitiker Württembergs und im Reichstag als Steuer- und Finanzexperte der SPD einen Namen gemacht. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg hat er sich noch am Wiederaufbau seines Landes als Landtagspräsident von Württemberg-Baden 1947–1952, das dann mit Württemberg-Hohenzollern und Baden in das neue Bundesland Baden-Württemberg zusammengeschlossen wurde, beteiligt.<sup>129</sup>

Alle hier erwähnten Politiker waren überzeugte Parlamentarier, die die Möglichkeiten der Sozialdemokratie zur Mitwirkung auf den Ebenen von Reich, Einzelstaaten/Ländern und Kommunen im Interesse vor allem der Arbeiter nutzten. Nicht die großen Debatten über den Marxismus und die Revision marxistischer Auffassungen, die vor allem von Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg getragen wurden, sondern die tägliche Arbeit in den Institutionen der Sozialversicherung, in Tarifverhandlungen, in oft paritätischen Arbeitsnachweisen oder als Beisitzer von Gewerbegerichten, vor allem aber in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen haben den Charakter der deutschen

126 Braun, Molkenbuhr, S. 348–355.

127 Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958.

128 Heinz Josef Varain, Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920), Düsseldorf 1956.

129 Jürgen Mittag, Wilhelm Keil (1870–1968). Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2001.

Sozialdemokratie zunehmend geprägt. Sie wurde damit zu einer zwar in der Theorie noch immer revolutionären, in der Praxis jedoch eindeutig reformistischen Partei, die schon vor dem Ersten Weltkrieg, vor allem in Süddeutschland, zunehmend aber auch in der Reichspolitik, in das jeweils bestehende politische System integriert wurde.